Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

22. Sitzung (23.06.1846)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

XXII. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe, den 23. Juni 1846.

In Gegenwart der Herren Regierungs-Commissäre: Ministerialpräsident Staatsrath Regenauer und Geheimereferendar v. Stengel;

sodann

sämmtlicher Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten Baum, Rettig, Richter, Rindeschwender, Schmidt v. Br., v. Stockhorn, Vogelmann und Welcker.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Mittermaier.

Es werden folgende neue Eingaben angezeigt und vorgelegt:

durch den Abg. Welte:

Petition der Gemeinde Wolterdingen, Ablösung der Jagd- und Fischereirechte betreffend;

durch den Abg. Helmreich:

Petition von 69 Erbbeständern zu Wieblingen, Grenzhof, Eppelheim, Kirchheim, Plaikartshof und Plankstadt, Ablösung der Erb- und Schupflehen betreffend.

Sämmtliche Eingaben werden an die Petitionscommission zum Bericht überwiesen.

Mittermaier übergibt den Commissionsbericht über die Motion des Abg. Christ, auf Einführung eines für sämmtliche deutsche Vereinsstaaten gültigen allgemeinen Handels- und Wechselrechts.

Beilage Nr. 1.

(7. Beilagenheft Seite 113—128.)

Die Tagesordnung führt auf die Discussion des (auf Seite 91—94 des 7. Beilagenhefts abgedruckten) Berichts des Abg. Mathy über die Motion des Abg. Junghanns I. auf Einführung einer Kapitalsteuer.

Die Commission schlägt der Kammer vor, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Nach eröffneter Discussion äußert

Weller: Sowohl die gestellte Motion, als der darüber erstattete Bericht begnügen sich damit, auf Einführung einer Kapitalsteuer anzutragen, indem sie darin eine gerechte Ausgleichung unseres Steuersystems finden, da die Kapitalien der noch unbesteuerte Vermögenstheil der badischen Bürger seyen. Es wird die gleichzeitige Aufhebung einer anderen älteren für ungerecht erkannten Steuer nicht verlangt, wie Solches auf dem vorigen Landtage der Fall war, und eben so wenig in der Motion gesagt oder darauf hingedeutet, wie hoch die Kapitalsteuer seyn solle. Vielmehr soll Beides der Regierung und dem künftigen Landtage überlassen bleiben. Hierin liegt ein Vertrauensvotum, das meines Erachtens zu weit geht. Wir haben in Beziehung auf solche Vertrauensvota schon zu unglückliche Erfahrungen gemacht. Namentlich liegt das Beispiel des Friedrichsfelder Vertrags noch zu nahe, als daß wir dem Lande übelnehmen könnten, wenn es uns ein solches Vertrauen schlimm auslegte. Das Land wird sagen: ihr seyd auf dem Platze, die Wünsche des Volkes auszusprechen und dahin

zu wirken, daß sie zu Gesetzen erhoben werden; thut Solches zur rechten Zeit und überlaßt Dasselbe nicht einer ungewissen Zukunft, von der man nicht wissen kann, was für Regierungen und Kammern sie uns bringen wird. Die Erwartungen des Landes werden in keinem Falle befriedigt werden, wenn wir bloß die Einführung einer Kapitalsteuer in Antrag bringen. Das Land erwartet, daß mit der Einführung einer solchen Steuer eine andere ungerechte Steuerlast abgeschafft und die Kapitalsteuer selbst nicht zu hoch gegriffen werde. Die Kapitalisten werden umgekehrt in Beziehung auf die vorliegende Motion sagen: sie sey unnöthig, denn das Land sey nach dreißig Friedensjahren berechtigt, zu erwarten, daß die Staatsausgaben mit den Mitteln bestritten werden, die das bisherige Steuersystem darbietet; die Zunahme der Bevölkerung und der Gewerbe lassen ja ohnehin eine ordnungsmäßige Erhöhung der Besteuerung zu, vermittelst welcher neue Ausgaben gedeckt werden können, ohne daß man deßhalb neue Steuern einzuführen brauche. Sie werden ferner sagen, die gegenwärtige Besteuerung des Landes sey vor mehr als dreißig Jahren in den Kriegszeiten eingeführt worden, und damals habe man gesagt, sie solle in einer solchen Höhe nur für die Dauer des Krieges bestehen, während jetzt nach dreißig Friedensjahren durch Einführung einer neuen Steuer die Steuerlast noch vermehrt werden solle. Es sey Pflicht der Stände, darüber zu wachen, daß die Staatsausgaben die durch die bestehenden Steuern schon eingehenden Einnahmen nicht übersteigen. Der Arme dagegen erwartet durch die Einführung einer Kapitalsteuer eine Erleichterung seiner eigenen bisherigen Last, allein diese Erleichterung tritt nicht dadurch ein, wenn wir mit der Commission durch die fragliche Steuer eine gleichförmige Besteuerung alles Kapitalvermögens einführen. Die Erleichterung des Armen wird nur dann erzielt, wenn wir mit dieser neuen Steuer gleichzeitig eine andere Steuer aufheben, die ihn vorzugsweise noch am meisten drückt, und wir haben dieser Steuern ja so viele, die schon oft hier in diesem Saale besprochen worden sind. Wir haben namentlich den Liegenschaftsaccis, dessen Ungerechtigkeit die ganze Kammer schon so oft anerkannte, und der bei der jetzigen großen Güterzerstückelung, bei den vielen Vergantungen und Zwangsveräußerungen gerade auf die ärmsten Klassen des Landes am meisten drückt, indem der Arme, dessen Grundeigenthum schon über und über kapitalisirt ist, aus dem Erlös desselben noch etwas erhalten würde, wenn nicht der Liegenschaftsaccis den Kaufpreis noch mehr herabdrückte. Wir haben ferner den Fleischaccis, so wie den Bieraccis — und das Bier ist bei uns ein nothwendiges Lebensmittel geworden — und noch viele andere Steuern, deren ich nicht erwähnen will. Der Antrag der Commission täuscht jedoch die Hoffnungen beider Klassen, nämlich die der Reichen und der Armen. Er täuscht die Hoffnungen der Reichen, daß die bisherige Steuerlast an sich nicht werde erhöht werden, und die der Armen, daß ihnen vorzugsweise durch die Besteuerung der Reichen eine Verminderung ihrer Steuerlast zugehe. Durch solche Täuschungen werden wir von keiner Seite Dank einnerten, wohl aber von beiden Seiten Unwillen gegen uns erregen. Die alten Steuern, sollten sie auch ungerecht seyn, sind einer neuen Steuer, wenn sie auch auf einem gerechten Principe ruht, am Anfang wenigstens immer vorzuziehen, weil sie weniger drücken. Für die alten Steuern spricht vor Allem die Gewohnheit; denn Demjenigen, der über die Größe der Grundsteuer und über den Liegenschatsaccis klagt, kann man wenigstens entgegenhalten: Als du dein Grundstück erwarbst, wußtest du, daß diese Last darauf ruht, und weil es so hoch besteuert, weil es mit dem Liegenschaftsaccis beschwert ist, hast du es auch wohlfeil gekauft, also keinen gerechten Anspruch auf Verminderung der Steuerlast. Eine neue Steuer aber ist, wenn auch noch so gerecht, immer verhaßt, wie alle neue Lasten. Die alten Steuern haben schon Das für sich, daß ihre Last bereits ausgeglichen ist. Nicht Derjenige, der sie gerade an einem gewissen Tage vorschießt, sondern der Consument bezahlt sie, wie denn namentlich auch die Fleisch- und Bieraccise in der Weise ausgeglichen sind, daß sich der Producent, wenn auch nicht ganz, doch größtentheils bei dem Consumenten wieder entschädigt. Bei einer neuen Steuer ist Dieß aber nicht so. Eine solche bedarf mehrerer Jahre, bis sie im Volk ausgeglichen und ihre Last weniger schwer ist. Bei einer neuen Steuer werden die Producenten gleich in vollem Maße oder im Uebermaße auf die Preise der damit belasteten Artikel schlagen und die Consumenten zur Zahlung veranlassen, oder wenn Dieß nicht der Fall

ist, so wird Derjenige, der die Steuer vorschießen muß, klagen, daß er besonders damit beschwert sey. Alles Dieß fällt, sage ich, bei einer alten Steuer weg, und ich glaube deßhalb, daß, wenn wir mit der Einführung einer neuen Steuer nicht die beiden Zwecke erreichen, nämlich einer Seits die Gesammtbesteuerung auf demselben Fuße erhalten, und anderer Seits zu Gunsten der Armen eine Besteuerung der Reichen eintreten lassen, wir eigentlich gar Nichts erlangen. Wir werden aber nicht nach dreißig Friedensjahren mit einer neuen Besteuerung hervortreten wollen, die überall nur Murren und Unwillen erregen würde. Haben wir doch aus denselben Gründen einer neuen Steuer nicht Raum gegeben, die vor nicht langer Zeit in der Form von Beiträgen der Gemeinden zu den Straßenbauten in Antrag gebracht wurde. Auch damals hat man anerkannt, im Princip sey das Straßengeld nicht ungerecht, allein es sey keine Gewohnheitssteuer, und eine solche neue Abgabe könne man nicht zugeben. Ebenso würde es mit der Kapitalsteuer seyn, wenn wir sie ohne gleichzeitige Aufhebung einer anderen Steuer in Antrag bringen wollten. Endlich glaube ich aber auch noch, daß nicht bloß von Verminderung einer anderen Steuer die Rede seyn, sondern die Adresse sich auch über die Größe der Kapitalsteuer selbst aussprechen sollte. Auch hier müssen wir Das, was wir für Recht halten, auch sofort öffentlich sagen, damit wir im Lande nicht ungegründete Beängstigung und Besorgnisse hervorrufen und dadurch neues Mißvergnügen erregen. Wir haben Zündstoff genug im Lande, und es ist nicht nothwendig, durch Einführung einer Kapitalsteuer, ohne irgend eine nähere Bedingung, den Zündstoff und die Angst zu vermehren. Das Beispiel eines Nachbarstaates dürfte uns hier wohl zur Richtschnur dienen, und wir sollten geradezu aussprechen, daß die Kapitalsteuer nicht mehr als 6 kr. vom Hundert betragen solle, wie Dieß in Würtemberg der Fall ist. Warum wollen wir das Volk auf das Vertrauen zu künftigen Kammern und Regierungen vertrösten? Heute haben wir es in der Haud, uns auszusprechen; thun wir es also im ganzen Umfange. Nach allem Diesem kann ich mich für den Commissionsantrag nur dann erklären, wenn derselbe die zwei Zusätze erhält, daß mit Einführung der Kapitalsteuer gleichzeitig eine andere, besonders die ärmeren Klassen drückende Steuer in demselben Betrage aufgehoben wird, den die Kapitalsteuer verspricht, und letztere selbst den Betrag von 6 kr. per 100 fl. Steuerkapital nicht übersteigen solle. Wir werden dadurch einer Seits den Armen beruhigen und trösten, indem er eine Erleichterung seiner Lasten hierin erblicken kann: anderer Seits aber auch die reicheren Klassen des Landes nicht mit unnöthigem Schrecken und Mißtrauen gegen unsere Absichten und Zwecke erfüllen. Unterstützen Sie deßhalb meinen Antrag.

Dörr: Auch mir geht es, wie dem Abg. Weller. Ich bin kein Freund von Einführung neuer Steuern ohne gleichzeitige Abschaffung einer schon bestehenden. Dabei verkenne ich auch die Schwierigkeiten nicht, die mit Einführung einer Kapitalsteuer, und besonders mit einer gehörigen Handhabung von Controlmaßregeln verbunden sind. Ich verhehle mir ferner nicht, daß zuweilen der Fall vorkommen wird, daß Diejenigen, die Geld aufzunehmen haben, in der Lage seyn werden, neben dem Zins auch noch die Kapitalsteuer zahlen zu müssen. Alles Dieß schreckt mich jedoch nicht ab, für die Einführung dieser neuen Steuer zu stimmen, indem ich es nicht nur für höchst unbillig, sondern sogar für eine Härte halte, den Fleiß und die Arbeit, ja sogar das kleinste Grundstück und den sauren Verdienst des Taglöhners zu besteuern, den Kapitalisten dagegen, der noch dazu mehr Ansprüche an den Staat macht, als der Aermere, mit seinem Einkommen freizulassen. Ich fürchte auch nicht, daß bei Einführung einer Kapitalsteuer der Zinsfuß steigen werde; denn in dem benachbarten Würtemberg besteht die Kapitalsteuer schon längst, und der Zinsfuß ist dort niedriger als bei uns. Ebensowenig besorge ich, daß die Kapitalien in's Ausland wandern werden, denn die Kapitalisten werden bei einer mäßigen Besteuerung immer vorziehen, ihre Gelder im Lande anzulegen, wo sie sich einer schnelleren Rechtshilfe und einer ziemlich guten Pfandgesetzgebung zu erfreuen haben. Dagegen beruht die Einführung einer Kapitalsteuer auf den Forderungen der Rechtsgleichheit, und wenn ich mir auch keine besonders hohen materiellen Vortheile davon verspreche, so sehe ich darin doch ein Mittel der Beruhigung, indem sich der Arme nicht mehr allein zu den Staatslasten beigezogen fühlt. Ich bin deßhalb mit dem Commissionsan-

trag unter der von dem Abg. Weller vorgeschlagenen Bedingung einverstanden, denn die Einführung einer neuen Steuer, ohne gleichzeitige Aufhebung einer schon bestehenden, ihr im Betrage gleichkommenden, halte ich jetzt weder für räthlich, noch nothwendig, und in erster Reihe möchte ich die Rheinbausteuer zur Aufhebung vorschlagen, denn sie ist eine der härtesten und drückendsten, die ich kenne.

Bassermann: Ich bin mit dem Gedanken des Abg. Weller einverstanden, denn der Hauptzweck der Einführung der fraglichen Steuer soll ja gar kein anderer seyn, und der Zweck meines ersten Antrags auf Einführung einer Kapitalsteuer war kein anderer, als eben die Erleichterung der ärmeren Volksklassen. Unsere Zeit beschäftigt sich mit dieser Erleichterung der ärmeren Volksklassen vorzugsweise, und es hängt also auch die Maßregel, worüber wir heute berathen, mit dem Gedanken zusammen, der jetzt unsere Zeit und die Denker der menschlichen Gesellschaft bewegt. Man ruft von unten, wie von oben: wir sind Alle gleich berechtigt zum Genuß der Erdengüter, wir sind Alle Kinder eines Vaters! Von unten bilden sich die sogenannten communistischen Theorieen, von oben die wohlthätigen Vereine. Hier soll die Wohlthätigkeit mildern, dort fordert die Armuth eine gleiche Vertheilung des Eigenthums, ja die Aufhebung des Eigenthums selbst. Diese Theorie aber, wohin würde sie anders führen, als zur Vernichtung des häuslichen Fleißes, der Sorge um die Glieder der Familie. Warum sollte der Hausvater sich noch länger um die Zukunft seiner Kinder bemühen, wozu für sie arbeiten und sorgen, wenn nicht mehr ihnen die Frucht seines Fleißes zufällt? Das Eigenthum aufheben heißt die Familie zerstören, und mit dem Familienleben würden Gesittung und Cultur zu Grabe gehen. Und wenn man auch heute die Güter dieser Erde theilte, wie bald würde nicht eine neue Theilung nöthig werden? und so ginge es von Theilung zu Theilung, unser gesellschaftliches Leben wäre nichts als ein fortgesetzter Raub und statt eine Vervollkommnung unserer Zustände herbeigeführt zu haben, wären alle Besserdenkenden in kurzer Zeit dahin gebracht, daß sie eine Gewaltherrschaft solcher Freiheit vorzögen. Ja, es ist meine feste Ueberzeugung, daß der Communismus der ärgste Feind der Freiheit ist. Schon sahen wir auch, wie er von der Partei der Reaction benutzt ward und noch benutzt wird; schlau und boshaft stellt sie den Communismus als gleichbedeutend mit Freisinnigkeit, mit Liberalismus hin, weil sie wohl weiß, daß man die Freiheit mit nichts ärger verdächtigen kann, als mit Dem, was zum Gegentheil der Freiheit führt.

Doch haben die Ideen, welche jetzt die Zeit bewegen, auch eine andere Frucht erzeugt: den Socialismus. Nach ihm soll nicht mehr Jeder vereinzelt arbeiten und die Früchte seiner Arbeit von der Gunst oder Ungunst äußerer Umstände erwarten; es soll nicht der Fleißige dennoch darben, und der Bequeme dennoch schwelgen, sondern es soll Jeder nach Maßgabe seiner Arbeit genießen. Diese Organisation der Arbeit, wie man sich ausdrückt, auf einer schönen Idee ruhend, erzeugt die Uebelstände des Communismus nicht, und ist unter jeder Regierungsform möglich, aber, so weit mir bekannt, sind die Versuche ihrer Verwirklichung bis jetzt überall gescheitert. Wie so manch' schöne Idee scheint auch diese nur Ideal bleiben zu sollen: die ewig sich gleichbleibende Natur der menschlichen Eigenschaft steht im Wege.

Mag die Idee auch manches einzelne Gute fördern, zur Grundlage neuer gesellschaftlicher Einrichtungen wird der Socialismus, wie ich glaube, nie dienen können.

Was aber — wenn nun auch Dieß nicht ausführbar — was kann und soll geschehen zur Erleichterung der ärmeren Volksklassen? Man soll ihnen die Existenz erleichtern und wie können wir Das? Wenn wir die unentbehrlichsten Lebensmittel nicht besteuern. Allein, wir, die wir das Budget kennen und die großen Anforderungen für öffentliche Arbeiten, die von allen Seiten an dasselbe gemacht werden, können wir hoffen lassen, daß der

Weinaccis,	der jährlich	fl. 300,000,
Ohmgeld	. . . . .	„ 300,000,
Bieraccis	. . . . .	„ 400,000,
Fleisch	. . . . .	„ 270,000,
Salzgewinn	. . . .	„ 900,000,
Kaufaccis	. . . . .	„ 500,000

entbehrt werden könne. Nein, der Staat, soll er nicht stille stehen, kann keine dieser Steuern entbehren, wenn ihm nicht Ersatz geboten wird. Einen solchen Ersatz ausfindig zu machen, ist daher Alles, was wir thun können und einen andern Ersatz als die noch unbesteuerten

Activcapitalien aufzufinden wird schwer seyn; oder weiß Jemand einen andern Ersatz? Wenn nun auch selbst die Besteuerung dieser Kapitalien uns keine großen Mittel zur Erleichterung der ärmeren Volksklasse an die Hand geben wird, ja wenn wir selbst mittelst ihrer nicht einmal eine indirecte Steuer völlig, sondern nur theilweise werden abschaffen können, sollen wir aus diesem Grunde lieber gar nichts thun? Ich glaube nicht. Aber, wenn wir Etwas thun, wenn wir eine neue Steuer einführen, so darf Dieß nur zu dem Zweck geschehen, auf der andern Seite eine eben so große Erleichterung herbeizuführen. Ohne diese Absicht könnte ich nie dafür stimmen. Diese Erleichterung ist der einzige Zweck meines ersten Antrags gewesen, könnte ich den nicht erreichen, ich würde für eine bloße Steuervermehrung nimmermehr stimmen, und weil ich es für wichtig und sogar nothwendig halte, daß das Land unsere Absicht kenne, so stimme ich Dem bei, daß die gleichzeitige Aufhebung einer Steuer mit in den Beschluß aufgenommen werde.

Helmreich: Ungleich lieber würde ich dem Herrn Motionssteller beigetreten seyn, wenn er statt einer Kapitalsteuer, die doch einen geringen Ertrag gewähren wird, da die Kapitale bei ihrer Beweglichkeit und der Möglichkeit, sie leicht zu verbergen, sich ohne Schwierigkeit der Besteuerung entziehen können, einen Antrag auf eine Einkommenssteuer gestellt hätte, da nach meiner Ueberzeugung ganz gewiß in nicht sehr ferner Zeit eine erleuchtete Finanzpolitik dahin kommen wird, eine solche einzuführen. Meiner Meinung nach sollte es auch nur zweierlei Steuern geben, und zwar eine indirecte, die in Form von Zöllen die Industrie schützte und als Zölle auf Colonialwaaren, auf Differenzialzölle ausgedehnt, uns in den Stand setzten, mit transatlantischen Staaten vortheilhafte Handelsverträge abzuschließen; ferner die directe Steuer oder die Besteuerung des reinen Einkommens eines Jeden, welche nicht allein der Gerechtigkeit und Billigkeit entspräche, sondern auch, da sie Jeden nach seinem Vermögen und seiner Betriebsamkeit beizieht, nur durch gute Einrichtungen des Staats fruchtbringend seyn kann und wird. Zu einer Verwandlung der directen Steuern in eine Einkommenssteuer gehört aber vor Allem der Sinn für Oeffentlichkeit und ein allgemeiner Rechtssinn, welch' beide wir leider noch nicht in einem so hohen Maße bei uns finden, weil bei uns freie Institutionen und die Betheiligung des Bürgerthums an der Staatsverwaltung fehlen. Ungeachtet dessen sollte man sich aber dennoch jenem Ideal wenigstens zu nähern suchen, und dieß wird am besten dadurch geschehen, daß wir mit der Besteuerung des höheren Einkommens beginnen und so allmählig fortschreiten. Unläugbar ist es, daß der Wohlstand unserer Mittelstände bedeutend im Abnehmen begriffen ist und wir sollten deßhalb unsere Haupteonsumtionsgegenstände, wie z. B. Fleisch, Bier, Wein, Salz zu erleichtern suchen, da die Steuern auf solchen Artikeln in dem Maß, als sie die Consumtion beschränken, wiederum auf der Landwirthschaft lasten. Hiernach geht mein Antrag dahin, statt der Kapitalsteuer eine Einkommensteuer in der Art einzuführen, daß nur Derjenige, der ein Einkommen über 2000 fl. hat, davon getroffen und alle schon bestehenden directen Steuern von diesem Ertrage abgezogen werden. Sollte indessen dieser Antrag nicht durchgehen, so erkläre ich, daß ich alsdann doch für die Einführung einer Kapitalsteuer stimme, weil ich überzeugt bin, daß es sehr ungerecht ist, wenn eine Klasse von Staatseinwohner, die noch dazu zu den reichsten gehören, und den Schutz der Gesetze, so wie alle Staatseinrichtungen mit genießen, von dem Beitrage zu den Staatslasten durchaus frei ist, und schon so lange frei war.

Reichenbach: Es ist schon früher und heute wieder so viel Wahres und Unwiderlegbares für Einführung einer Kapitalsteuer gesagt worden, daß ich es von meiner Seite für ein Wagstück halten würde, noch etwas Neues beifügen zu wollen. Ich beschränke mich deßhalb auf die Erklärung, daß ich dem Commissionsantrage, so wie er lautet, nicht zugestimmt hätte, ihm aber nunmehr mit dem Zusatze des Abg. Weller, d. h. unter der Bedingung beistimme, daß zugleich eine andere Steuer aufgehoben wird. Meine Committenten würden mich nicht schön bewillkommnen, wenn ich ihnen lediglich eine neue Steuer mit nach Haus brächte. Sie würden im Gegentheil sagen: so, das habt ihr in der Volkskammer zuwege gebracht, daß wir nach so vielen Friedensjahren doppelt und dreifach besteuert werden! Um einem solchen Willkomm auszuweichen, erkläre ich mich für den Antrag des Abg. Weller.

Mez: Fürchten Sie nicht, daß ich eine Lanze für den

Communismus breche. Gleichwohl ist es mir nicht möglich, ganz mit Stillschweigen über Dasjenige wegzugehen, was der Abg. Bassermann in dieser Beziehung gesagt hat. Er behauptete, der Communismus sey der größte Feind der Freiheit. Ich glaube nicht, daß Dieß wahr ist. Man dürfte wohl eher sagen, Communismus sey ein Ausfluß der Freiheit oder eine Frucht derselben. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß wir einen eigentlichen wahren Communismus nie haben werden, weil wir auch keine eigentliche wahre Freiheit im ausgedehntesten Sinne des Wortes haben können, so lange wir Menschen sind. Den Communismus selbst aber lasse ich deßhalb in seinem Prinzip nicht tadeln. Als Ideal steht er mir freundlich vor, allein ich verzichte darauf, dasselbe im Leben ganz zu erreichen. Der Abg. Weller hat den Commissionsantrag in der Weise bekämpft, daß er erklärte, ihn in seiner Fassung nicht annehmen zu können. Ich meiner Seits bin mit der Commission und ihrem Antrage vollkommen einverstanden. Auch ich würde der Einführung einer neuen Steuer das Wort gewiß nicht sprechen, wenn wir nicht in einem constitutionellen Staate lebten und nach Ablauf einer jeden Budgetperiode das Budget in allen seinen Theilen zu prüfen hätten. Wenn wir bei dieser Gelegenheit finden, daß die Verminderung einer Steuer möglich ist, so steht es uns jederzeit frei, eine solche in Antrag zu bringen und sie da in's Werk zu setzen, wo es uns am Zweckmäßigsten scheint. Indessen habe ich schon einige Male über den Gegenstand einer Kapitalsteuer zu der Kammer gesprochen und will Sie heute nicht wieder ermüden, sondern mir nur noch zur Zurückweisung der schon von verschiedenen Mitgliedern erhobenen Einwendung, daß die Abgaben im Allgemeinen bei uns nicht drückend seyen, eine einzige Betrachtung erlauben. Bei einem Budget von 16 Millionen, die durch eine Bevölkerung von 1¼ Millionen aufgebracht werden müssen, und bei den Verkehrs und Geldverhältnissen, wie sie bei uns bestehen, kann man eine solche Behauptung nicht wohl aufstellen. Aber auch selbst wenn man zugeben wollte, daß diese Summe gerade nicht erdrückend sey, so kann doch daraus nicht folgen, daß, falls die Vertheilung eine ungleiche ist, nicht wenigstens einzelne Classen durch sie erdrückt werden. Daß nun aber die Steuervertheilung im Lande eine gleiche sey, hat noch Niemand behauptet. Es ist im Gegentheil vielseitig, ja fast allseitig anerkannt worden, daß die niederen Stände verhältnißmäßig zu viel und die höheren verhältnißmäßig zu wenig tragen und in dieser ungleichen Vertheilung liegt meines Erachtens mehr als in der summarischen Größe unserer Steuern das Drückende derselben. Dieser Umstand scheint mir nicht so unwichtig zu seyn, wofür er vielleicht von Manchem gehalten wird. Er erscheint mir vielmehr außerordentlich wichtig, denn ich sehe in diesem Umstande der ungleichen Vertheilung der Steuern eines der Hauptmittel, das Uebel unserer Tage, die in sehr hohem Grade ungleiche Vertheilung des Vermögens auch uns immer näher zu bringen. In der gerechten Vertheilung der Staatslasten hat der Staat meines Erachtens ein sehr kräftiges Mittel in Händen, diesem Uebel, dem Ueberhandnehmen des Proletariats und der Anhäufung eines zu großen Reichthums in den Händen Einzelner vorzubeugen. Ich sollte deßhalb meinen, daß der Staat von einem solchen Mittel den kräftigsten Gebrauch zu machen hätte, und glaube, daß es die Pflicht eines jeden Abgeordneten ist, so weit es in seinen Kräften steht, die Regierung auf diejenige Bahn zu lenken, die er für die heilsame hält. Darum habe ich auch schon in der Sitzung, wo die Motion begründet wurde, erklärt, ich werde, falls ich in einer nächsten Kammer wieder Platz nehmen sollte, keinem Budget mehr meine Zustimmung geben, worin uns nicht eine Capitalsteuer von der Regierung proponirt werde. Allerdings ist eine solche, wie ich schon damals bemerkte, nur als eine Abschlagszahlung an der Forderung zu betrachten, die wir dahin zu stellen haben, daß im Interesse der Gerechtigkeit eine Besteuerung des ganzen Vermögens eingeführt werde. Ich begnüge mich nicht einmal mit dem Antrage des Abg. Helmreich, der eine Einkommensteuer haben will, indem ich mit andern Worten nicht will, daß immer nur der Fleiß, der sich jenes Einkommen verschafft, besteuert werde. Auch die Trägheit, die ein Vermögen besitzt, und keinen Gebrauch im Interesse der Gesammtheit davon macht, soll zu den Lasten des Staats beitragen, kurz es soll das Vermögen der Maßstab seyn, wonach die Leistungen berechnet werden, die Jeder an den Staat zu machen hat.

Blankenhorn: Ich bin vollkommen mit Demjeni-

gen einverstanden, was der Abg. Weller auseinander gesetzt hat und unterstütze deßhalb auch seinen Antrag. Für Einführung einer Kapitalsteuer genügen mir zwei einfache Gründe, und zwar einmal der, daß die öffentliche Meinung eine solche verlangt, und der weitere Grund, daß ich es eben für zu hart finde, wenn der arme Tagelöhner ein Kapital von 500 fl. versteuern soll, während der reiche Kapitalist frei ausgeht. Ich habe auch die Besorgniß nicht, daß die Kapitalisten die Steuer auf den Schuldner überwälzen werden, denn ich traue wenigstens der Mehrheit der Kapitalisten in unserem Lande so viel Redlichkeit und Ehrgefühl zu, daß sie die Abgabe selbst bezahlen werden. Aus eben diesen Gründen halte ich auch den Vorwurf, der von 241 Bürgern der Stadt Mosbach einer ganzen Klasse gemacht worden ist und dessen auch in dem Commissionsbericht erwähnt wird, daß nämlich die Kapitalisten zu den öffentlichen Lasten in Zukunft mehr beitragen, daß sie sich mehr um die öffentlichen Zustände bekümmern und dadurch mehr Gelegenheit erhalten werden, das gar oft unter hartem kalten Metall verhärtete und erkaltete Gefühl für das Wohl oder Wehe der Mitbürger zu erwärmen und empfänglicher zu machen, für ungerecht, und glaube, daß er zurückgewiesen werden sollte.

Helbing: Ich kann mich der Ansicht Derjenigen nicht anschließen, welche die Einführung einer Kapitalsteuer an die Aufhebung irgend einer der bestehenden Abgaben knüpfen. Allerdings würde es mich von ganzem Herzen freuen, wenn es möglich wäre, irgend eine ältere Steuer, die den Armen drückt, durch die neu vorgeschlagene Steuer entbehrlich zu machen. Kann aber Dieß nicht geschehen, so sehe ich darin keinen Grund von einem Beitrag zu den öffentlichen Abgaben, Diejenigen noch ferner frei zu lassen, die bisher noch gar Nichts dazu geleistet haben. Ich betrachte die Kapitalsteuer vor Allem als einen Act der Gerechtigkeit gegenüber von allen andern Bürgern, die bis jetzt die Staatslasten allein zu tragen hatten. Sind wir durch die Verhältnisse verhindert, eine Steuer dagegen aufzuheben, so wird uns der Ertrag der Kapitalsteuer sehr gut zu Statten kommen, um unsere verschiedenen öffentlichen Institute zu verbessern, wozu es ja immer an Mitteln fehlt. Ich unterstütze deßhalb den Commissionsantrag.

Kern: In den beiden Motionen der Abg. Bassermann und Jungbanns, so wie in den beiden Berichten des Abg. Mathy sind alle, für eine Kapitalsteuer sprechende Gründe vollständig und mit vielem Scharfsinn zusammengestellt, und Niemand wird wohl in diesem Saale seyn, der nicht die Wichtigkeit derselben anerkennt. Ich will auch nicht läugnen, daß mir eine Lücke darin zu liegen scheint, daß bei einem Steuersystem, das lediglich auf das Einkommen gegründet ist, doch die Kapitalzinsen nicht unter den steuerbaren Objecten zu finden sind. Wenn deßhalb davon die Rede wäre, das ganze Steuersystem zu reguliren, eine Hauptreform in den Steuergrundgesetzen vorzunehmen oder nach dem Verlangen von zwei Mitgliedern eine allgemeine Vermögenssteuer oder eine Steuer auf das Gesammteinkommen vorzunehmen, dann wäre freilich den vielen gegen das bisherige Steuersystem vorgekommenen Beschwerden besser geholfen, als durch den Vorschlag einer Kapitaliensteuer. Allein ich muß für's Erste an der Ausführbarkeit der obigen Vorschläge sehr zweifeln, dagegen erkenne ich gerne an, daß, wenn wirklich ein Deficit sich zeigen, wenn die Staatskasse nicht mehr für ihre Bedürfnisse vollkommen gedeckt seyn sollte und deßhalb von dem Finanzministerium das Verlangen einer Vergrößerung des Steuereinkommens gestellt werden müßte, diese Vermehrung nicht durch eine Erhöhung der Grund-, Häuser- und Klassensteuer, sondern durch die gerechte Maßregel einer Besteuerung der Kapitale zu verwirklichen seyn würde. Von allen diesen Voraussetzungen handelt es sich aber gegenwärtig nicht. Es ist nicht die Rede von einer gänzlichen Umgestaltung des Steuersystems und nicht die Rede von einem vorliegenden Deficit; ja es wird sogar von derjenigen Behörde, in deren Ressort die Sache einschlagen würde, nicht einmal behauptet, daß eine neue Steuer nothwendig sey. So wenig ich also eine Scheu hätte oder Bedenken tragen würde, im Falle einer Noth oder eines Deficits eine neue Steuer in Vorschlag zu bringen, so wenig kann ich es anderer Seits mit meinen Pflichten als Abgeordneter vereinigen, aus eigenem Antriebe und selbst ohne irgend eine äußere Veranlassung neue Steuern zu schaffen. Bedenken Sie selbst, ob es unserer Stellung in dieser Kammer angemessen ist, neue

Steuern ohne irgend einen Andrang in's Leben zu rufen, und ob wir darum hier versammelt sind, um dem Volke keine Erleichterungen, vielmehr neue Lasten und neue Steuern als Geschenk mit nach Haus zu bringen. Ich kann demnach der Einführung einer Kapitalsteuer, von der ich mir ohnehin keinen großen Erfolg verspreche, nicht unbedingt das Wort reden, sondern nur dann mich damit einverstanden erklären, wenn die von dem Abg. Weller vorgeschlagene Bedingung beigefügt würde, wonach der ganze Ertrag der Kapitalsteuer zur Aufhebung irgend einer anderen besonders für die niederen Klassen drückenden Abgabe verwendet werden soll.

Buff: Es ist von zwei Abgeordneten ein Plan vorgelegt worden, wovon eine durchgängige Aenderung unseres Steuersystems die Folge seyn würde, nämlich der Plan einer allgemeinen Vermögens- und jener einer Einkommensteuer. Wir haben bekanntlich zweierlei Systeme der Besteuerung, ein objectives und ein subjectives. Das Objective besteht darin, daß gewisse steuerbare Objecte einzeln besteuert werden. Nun soll an die Stelle dieses Systems ein Collectivvermögen gesetzt und dieses besteuert werden. Umgekehrt besteht das subjective Steuersystem darin, daß die Einwirkung des Fleißes und Unternehmungsgeistes mit den vorhandenen Gegenständen, die das Einkommen darstellen, besteuert wird. Diese werden gegenwärtig einzeln besteuert und an die Stelle derselben soll nun ein collectives Einkommen, ein bestimmtes Steuerobject gesetzt werden. Wenn auch unser Steuersystem, das vorzugsweise der Zeit von 1810 seine Entstehung verdankt, einzelne Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten enthält, so lassen sich diese dadurch entschuldigen, daß in dem Zeitraume, der bis jetzt verflossen, eine so ungeheuere Aenderung in den ökonomischen Verhältnissen eingetreten ist, daß diese Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ihm eigentlich nicht zum Vorwurf gemacht werden können. Indessen könnte man gleichwohl hieraus schließen, daß gerade, weil solche schlagende Ungleichheiten vorliegen, die Zeit zu einer gründlichen Reform gekommen sey. Wir sind aber gegenwärtig in einem solchen Aufschwung der industriellen und commerciellen Verhältnisse begriffen, daß, wenn jetzt eine solche Reform vorgenommen würde, vielleicht schon in einem halben Jahrzehnt dieselben Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sich darstellten, wie wir sie unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems wahrnehmen. Ich bin also durchaus gegen eine solche durchgreifende Reform, dagegen aber für eine theilweise Verbesserung und für Einführung einer Zinsrentensteuer. Ich will mich nicht auf das Princip der Gerechtigkeit und der Gleichheit, das für diese Steuer spricht, einlassen, denn dieser Punkt ist hinreichend erörtert, sondern nur noch die besondere Seite herausheben, von der aus ich dem Commissionsantrag und dem einen Antrag des Abg. Weller meine Zustimmung gebe. Es läßt sich nämlich nicht läugnen, daß wir in einer Zeit leben, wo in Folge einer massenhaften Entwickelung industrieller und commercieller Verhältnisse in demselben Maße, in welchem wir die rechtliche und politische Gleichheit durchführen, eine materielle Ungleichheit entsteht, die sich in einem ungeheuren Maßstabe darstellt. Es läßt sich ferner nicht läugnen, daß neben fast fabelhaften Vermögen, die durch Benützung des Unternehmungsgeistes und der vorhandenen Mittel sich plötzlich erhöhen, eine Zunahme der Armuth sich zeigt, eine Massenarmuth entsteht, die die Aufmerksamkeit der Staatsmänner auf sich zieht. Wir finden deßhalb auch in allen Staaten Europas eine ungeheure Thätigkeit dieser Staatsmänner, dahin gerichtet, einen allgemeinen Plan der Armenpflege durchzuführen. In unserm Lande sind diese Verhältnisse nicht so schreiend oder auffallend, allein gleichwohl kann man nicht widersprechen, daß neben der Entstehung großen Vermögens die Armuth besorgnißerregend fortschreitet, und es wäre zu wünschen, daß die vaterländische Regierung endlich auch daran dächte, einen allgemeinen Plan der Armenpflege in's Leben zu rufen, der einer Zeit angepaßt wäre, wo die alten Verordnungen der früheren Jahrhunderte nicht mehr ausreichen. Es ist gegenwärtig die Zeit nicht, auch nur einen allgemeinen Umriß für den Gedanken eines solchen Armenpflegeplans zu bezeichnen, allein ich betrachte die Einführung der Kapitalsteuer gleichsam als eine indirecte Ergänzung desselben. Die Geldmacht ist nämlich in unserer Zeit eine furchtbare Macht geworden, die so stark ist, daß sie selbst die Errungenschaften der Nationalökonomie in Frage stellt. So hat man z. B. in neuerer Zeit eine maßlose Zerstückelung des Grundeigenthums als einen Segen betrachtet und gegenwärtig wird

durch die Uebermacht der Kapitale in Verbindung mit dem ungeheuer thätigen Geist der Association das Gegentheil eingeführt. Es werden große Güterkäufe gemacht nicht in dem Sinne, um für das Wohl des Volks zu wirken, sondern bloß zum Zweck einer späteren Zerstückelung und Gewinnerzeugung. Eben so ist es mit der Gewerbefreiheit. Man hat diese als einen großen Triumph der neuen Nationalökonomie betrachtet und ich bin auch weit entfernt, den Segen derselben in Frage zu stellen, ob ich gleich eine gut gewählte Mäßigung derselben wünsche. Was ist aber die Folge davon? Sie ist die, daß durch diese Macht des Geldes die Gewerbefreiheit gerade factisch aufgehoben wird. Der Handwerker oder, wie das Sprüchwort im Munde des Volkes geht, der goldene Boden des Handwerkers verschwindet und damit jene friedliche Masse von Bürgern, die überall die Stärke der Staaten sind. Und was sehen wir dagegen? Wir sehen die meisten Gewerbe bis auf einige Dutzende fabrikmäßig betrieben, durch die Agglomeration der Kapitale und die Macht der Association. Eben so ist es mit dem Handel. Alle die kleinen Kaufleute in unseren Städten und Städtchen, die bisher glücklich ihr Auskommen gefunden, werden nach und nach erdrückt. Die großen commerciellen Bewegungen sind es, die diesen bescheidenen Existenzen den Garaus machen. Ja es ist sogar die Macht des Geldes, die selbst die Errungenschaften der Freiheit in Frage stellt und uns einer Zeit entgegenführt, wo ein Geldfeudalismus herrscht, der viel gefährlicher und unbarmherziger ist, als jener Feudalismus, den uns die Geschichte darstellt, und der in seiner Begründung seiner Zeit unendlich viele Motive für sich hatte.

Ich sage deßhalb, daß ich als indirectes Mittel der Beiziehung dieser Geldmacht, als eine indirecte Ergänzung jenes allgemeinen und zur Nothwendigkeit werdenden Plans einer Armenpflege dem Antrag auf Einführung einer Kapitalsteuer zustimme. Dabei muß ich jedoch gestehen, daß ich auf eine nähere Erklärung darüber, wie diese Steuer durchgeführt werden soll, für jetzt nicht einzugehen wage. Ich halte es für ein Unglück, daß wir in unserem Lande die statistischen Materialien, die unserer Gesetzgebung zu Grunde liegen sollen, so sehr vermissen. Gestern haben wir die Frage über die Ablösung der Bauernlehen erörtert und das Resultat der ganzen Discussion war offenbar davon abhängig, daß man eine Statistik über jene Bauernlehen gehabt hätte. Man hat gesagt, die Regierung soll sie suchen, und es wäre auch in der That eine große Nothwendigkeit, ein solch' statistisches Material allgemein zu haben. Ueberall ist es der generalisirte Geist der Gesetzgebung, jener abstracte Geist, der unsere Gesetze nicht zu guten macht, denn diese sollten weit mehr den Bedürfnissen und individuellen Lagen angepaßt seyn. Eben so ist es mit der Kapitalsteuer. Es sollten uns statistische Vorlagen zu Gebote stehen, woraus wir die Masse der Kapitale, ihre Bewegung, so wie den schnellen Umschlag derselben ersehen könnten, um daraufhin einen individuellen durchaus sachgemäßen Antrag zu stellen. Wir haben jedoch alles Dieses nicht und deßhalb glaube ich, daß der Antrag an die Regierung gegeben werden sollte, um da zu prüfen, in wiefern er ausführbar ist. Weil ich nun aber von meinem Standpunkt aus die Einführung einer Kapitalsteuer als die Ergänzug eines allgemeinen Planes der Armenpflege betrachte, so erlaube ich mir dabei doch auch zwei Fälle der Ausnahme, und zwar einer gänzlichen Ausnahme und einer theilweisen vorzubringen. Einmal glaube ich, daß diejenigen Stiftungen, die zur Pflege der Armuth gegründet sind, mit ihren Kapitalen befreit und daß ferner jene Kapitale, die von der unteren Schichte des Mittelstandes, also mit saurer Mühe und Schweiß erworben wurden, von der Kapitalsteuer niederer getroffen werden sollten, als die massenhaften Kapitale, so zwar, daß eine steigende Scala dabei stattfinde. Das sind allein die Punkte, die ich Ihrem Ermessen bei einer künftigen Berathung des Gesetzes, das, wie ich hoffe, vorgelegt werden wird, überlasse und nur noch zum Schluß die Erklärung wiederhole, daß ich für den Commissionsantrag stimme mit dem Zusatz des Abg. Weller, wonach eine andere Steuer aus dem Kreise unserer Finanzen schwinden solle. Wir leben in einer Zeit, die an Umschwung reich ist. Es soll unserer Kammer nicht vorgeworfen werden, daß sie, welche Bewegungen sich auch künftig zeigen mögen, nicht diejenige Erleichterung zum Wohle des Volkes hat eintreten lassen, welche möglich ist.

Jörger: Ich habe zu der Zeit, wo dieser Gegen-

stand zuerst zur Sprache kam, auch für Einführung einer Kapitalsteuer gestimmt, würde aber heute, wenn nicht der Abg. Weller einen ergänzenden Antrag gestellt hätte, dem Commissionsantrag meine Zustimmung nicht haben geben können. Ich theile ganz die Ansicht des Abg. Weller, und unterstütze seinen Antrag in beiden Theilen, denn ich fürchte, wie ich schon früher bemerkt habe, daß, wenn die Kapitalsteuer zu hoch gegriffen wird, die Steuerlast auf den Schuldner zurückfällt. Auch damit bin ich ganz einverstanden, daß wir in unserer Stellung nicht eine neue Steuer einführen sollten, ohne zugleich eine Erleichterung in Beziehung auf eine andere Steuer eintreten zu lassen. Nach den Erläuterungen zu unserem Budget und dem Ertrag, den die verschiedenen Steuern im Lande liefern, sehe ich wohl ein, daß man eine andere Steuer nicht ganz wird verschwinden lassen können, weil alle unsere Steuergattungen vielmehr abwerfen, als die Kapitalsteuer abwerfen wird. Kann aber auch eine solche Steuer nicht ganz verschwinden, so kann doch eine, besonders für die ärmeren Klassen drückende Abgabe wenigstens zum Theil abgeschafft werden, und deßhalb unterstütze ich den Antrag des Abg. Weller.

Hecker: Das Flüßchen der Kapitalsteuer scheint sich so über seine Ufer ausgedehnt zu haben, daß ich an's Land steigen, und mit der Bemerkung auf das Wort verzichten will, daß meine subjective Ansicht über die Kapitalsteuer objectiv dahin geht, daß ich den Antrag auf Einführung derselben unterstütze.

Zittel: Ich war nicht gesonnen, über den vorliegenden Gegenstand zu sprechen. Nachdem aber der Antrag des Abg. Weller so viele Unterstützung gefunden hat, glaube ich wenigstens sagen zu müssen, warum ich demselben nicht zustimmen kann. Ich möchte alle Diejenigen, die ihren Beitritt zu der Motion daran knüpfen, daß zugleich eine andere Steuer aufgehoben werde, fragen, ob Sie wirklich glauben, daß eine solche Steuer aufgehoben werde und werden könne, und ob Sie nicht die Ueberzeugung haben, daß mit dieser Bedingung überhaupt der Antrag fallen werde. (Viele Stimmen antworten mit Nein). Man sagt, man wollte eine Steuerverminderung zu Gunsten der ärmeren Klasse. Was wird aber hier der ärmeren Klasse viel zu gut kommen? Dieser Klasse, von der so viel gesprochen wird, ist wahrlich dadurch nicht geholfen, daß man irgendwo eine Steuerverminderung eintreten läßt, und damit, daß die armen Leute im Jahr vielleicht einige Kreuzer weniger Steuer zahlen dürfen, ihre Lage wenigstens von Grund aus nicht verbessert. Treten Sie selbst in die Hütten der Armuth, und sehen Sie, wo da das Verderben liegt. Sie werden sich dann überzeugen, daß auf eine ganz andere, tiefgreifendere Weise geholfen werden muß, als dadurch, daß man jährlich einige Kreuzer Steuer spart. Es werden, das bin ich überzeugt, von dieser Seite mehr und mehr Anforderungen an die Kammer kommen. Ich bin zwar kein Communist, und bedauere, daß dieses Wort überhaupt in der Kammer gebraucht wurde, denn mir erscheint der Communismus als ein jämmerlicher Auswuchs des Christenthums. Er ist, betrachten Sie die Sache, wie Sie wollen, ein Zerrbild, und der Abg. Mez, der das Wort in Schutz genommen, hat einen Wechselbalg hereingebracht. Das ist kein Communismus, was er darunter versteht, und er mag sich hievon aus den Schriften überzeugen, die von dieser Seite ausgegangen sind. Wir haben unsere Steuern, wie sie jetzt bestehen, alle verwendet. Man hat für das Militär ungeheure Summen gebraucht, und haben Sie wohl Hoffnung, daß künftig weniger werde dafür gebraucht werden? Die Industrie kam mit ihren Ansprüchen, und macht immer mehr. Glauben Sie, daß wir künftig weniger für sie aufzuwenden haben werden? Man hat die Eisenbahnen errichtet, und man wird auf diesem Wege fort und fort mehr, aber nicht weniger Ausgaben zu machen haben. Nach und nach wird auch die Armuth kommen, sie wird für sich Etwas in Anspruch nehmen, und hier sage ich, daß auf eine andere tiefgreifendere Weise zu helfen ist, als dadurch, daß man einige Kreuzer Steuer nachläßt. Die Leute dieser Klasse müssen herausgerissen werden aus dem ganzen Zustande, in welchen sie versunken sind, und in den sie immer tiefer sinken werden, je mehr das äußerliche Leben einen gewissen Glanz annimmt, der das innere Elend so weit verdeckt, daß es weniger in den Augen der Menschen hervortritt. Um so Etwas auszuführen, brauchen wir Geld, und an diesem fehlt es immer, so oft man mit einem Antrag kommt, die unteren Klassen des Volks, und besonders

die durch Armuth ganz entsittlichten und verwahrlosten Menschen geistig, sittlich und materiell zu heben. Dazu, sage ich, fehlen uns überall die Mittel, und es wird zurückgewiesen, weil andere Dinge Denjenigen, die darüber zu beschließen haben, näher liegen, die Interessen der Industrie, des Verkehrs, die Besoldungen der Staatsdiener ꝛc. Es ist wahrlich Zeit, daß wir auf jenen Punkt mehr und mehr unsere Aufmerksamkeit richten. Es wird auch noch Gelegenheit geben, auf diesem Landtage darüber zu sprechen, und wenn auch da keine dießfallsigen Anträge erfolgen, so wird der künftige Landtag gewiß welche bringen. In dem Zirkel möchte ich mich aber nicht lange herumdrehen, daß man sagt, darum könne man nicht helfen, weil man kein Geld habe, und auf der andern Seite dann wieder entgegenhält, es sey kein Geld da, weil die Steuern nicht reichen. Wir wollen darum eine Steuer, damit wir Geld haben zu helfen, und ich will darum nicht, daß eine Steuer aufgehoben werde, im Interesse der Armuth, um endlich die Mittel zu gewinnen, hier durchgreifend zu helfen.

Kapp: Die Steuerverhältnisse sind vielleicht gerade diejenigen, wo sich am Anschaulichsten die Verwirrungen an den Tag legen, in welche die neue Bureaucratie gerathen ist. Es zeigt sich hier die allgemeine Krankheit der Zeit am allerfühlbarsten und handgreiflichsten. In England tritt uns dieses Verhältniß am sprechendsten entgegen. Dort ist der Widerspruch zwischen Reichthum und Armuth zu solchen Extremen gediehen, daß der Staat gleichsam in zwei verschiedene Stämme und Völker, in zwei verschiedene Rayen auseinanderfällt, in Reiche, Berechtigte und im Parlement Vertretene, und in Arme, die in England nicht viel anders sind, als in Amerika die Sclaven, denn sie sind nahezu weiße Sclaven. Es hat sich dießfalls nicht nur im Parlament der Mund aufgethan, sondern auch außer demselben haben sich Männer der verschiedensten Stände auf rühmliche Weise mit der Frage beschäftigt. Die Stimme der Armuth selbst hat das Ministerium und das Parlament, in welchem sie nicht vertreten ist, schon zu außerordentlichen Schritten in dieser Richtung bewogen. Ich spreche hier gerade von der Einkommensteuer ꝛc. — nicht von der Kornbill und ihrer Aufhebung. Denn diese wurde weniger durch das Proletariat, als durch die Verhältnisse England's zu Amerika, durch den kriegslustigen deutschen Westen der Union hervorgerufen. Ich weise hier auf tausendfache andere Beziehungen hin. Auch in Deutschland bilden sich schneidende Gegensätze. Auch hier droht bei steigender Verarmung des Mittelstandes und der unteren Schichten die Bevölkerung in zwei Nationen, in verschiedene Glieder auseinanderzufallen. Aber nicht der Gegensatz zwischen Armuth und Reichthum allein ist es, der die Spaltung in Deutschland hervorbringt; noch andere Verhältnisse kommen hinzu, die den inneren Zwiespalt verursachen, die ich aber nicht näher bezeichnen will. Sonst könnte ich sagen, daß man in einem norddeutschen Staate die Staatsbürger eintheilen kann in solche, die Orden haben oder noch erwarten, und in solche, die sie nicht haben und nicht suchen, und als gesunde Menschen im Staat ihren eigenen Gang gehen. Hier tritt ein zersetzendes System der Bureaucratie zwischen die Staatsangehörigen, und begründet einen Unterschied anderer Art, doch fast von derselben Größe, wie jener, der in England, wo eigentlich nur das Kolonialamt an Bureaucratie leidet, zwischen Reichthum und Armuth besteht.

Daß freilich bei uns, unter solchen Uebeln, mit der Kapitalsteuer so wenig geholfen seyn wird, daß es kaum der Mühe werth scheint, ist leider auch meine Ueberzeugung, und es führt mich Dieß nur zurück auf den ausgesprochenen Gedanken der Grundverwirrung, in welche die neuere Richtung der Staatsweisheit immer weiter und tiefer hineingeht, bis sie sich endlich in einem Labyrinth befindet, wo ihr der Faden verloren geht, an dem sie sich wieder herauswinden könnte. Aber auch Noth und Armuth ist in Deutschland, und wenn gleich dieser Zustand hier nicht so grell hervortritt, wie in England, so sind die Uebel doch von solcher Bedeutung und solchem Gewicht, daß sie als eine wahre Macht auch hier erklärt werden müssen. Sie sind so groß, daß zuletzt nur durch eine vollständige und radikale Reform des ganzen Steuersystems und der Staatsverhältnisse geholfen werden kann, wozu jedoch gegenwärtig nicht die Zeit ist. Wäre die Zeit zur Umbildung in diesem Sinne reif, so würde ich, wie der Abg. Mez bei der ersten Begründung der Motion gethan, und heute wiederholt hat, eine ungetheilte Be-

steuerung des ganzen Vermögens, des ganzen Eigenthums mit voller Oeffentlichkeit, keinesfalls auf inquisitorischem Wege, sondern mittelst öffentlicher Listen fordern.

Auf dem Standpunkt unserer Verhältnisse hat die Besteuerung der Kapitalien allerdings die Form einer doppelten Besteuerung, und sie hat sie vielleicht mehr, als manche andere Steuer. Es ist wenigstens nicht zu läugnen, daß das Geld eigentlich nur unbesteuert ist, wenn es in der Kiste liegt. Besteuert ist das Kapital, so wie es flüssig wird, in jedem Erwerb, in jedem Kauf. Mittelbar sind selbst die Zinsen besteuert. Die Steuer der Güter, wie der Gewerbe, trifft die Zinsen als einen Theil des Ertrages mit. Der Bauer darf diese nicht abziehen von der Steuer des Ackers, den er mit fremdem Gelde sich erkauft hat, und was man kauft, ist besteuert. Wenn sich aber auf diese Weise auch herausstellt, daß durch die vorgeschlagene Steuer der Reichthum doppelt besteuert wird, so finde ich darin unter den heutigen Verhältnissen doch keine Ungerechtigkeit. Sollte der Armuth auch nur eine kleine Erleichterung zugehen, so wäre schon diese der Mühe werth. Eben darum aber, weil ich der Armuth Erleichterung wünsche, kann ich zunächst dem Antrag des Abg. Weller zustimmen, indem eine zu hohe Besteuerung der Kapitalien ihren Zweck sehr leicht dadurch verlieren würde, daß sie auf den Armen zurückfiele. Wäre Dieß nicht der Fall, und würden die Kapitalisten allein getroffen, so würde ich ein hohes Maß der Kapitalsteuer als ein gerechtes erkennen, selbst wenn eine empfindliche Doppelbesteuerung des Reichthums dadurch entstünde. Allein diese Besteuerung dürfte nicht bis zu dem Grade gehen, wo sie auf die Armuth zurückfiele, und der Arme, der das Geld aufzunehmen hat, dadurch noch in seiner Noth gesteigert würde, daß es ihm schwerer und schwerer würde, Kapitalien aufzunehmen, und daß er die Kapitalien, die er erhält, höher verzinsen müßte. Sonst würden wir Diejenigen, die wir erleichtern wollen, noch gerade nur um so mehr drücken. Dagegen ist ein gewisses Maß der Kapitalsteuer wohl denkbar, ohne daß darunter die Armuth leidet.

Bei dem ungeheuren Maß der Ausgaben, in welche sich die neueren Staaten gestürzt haben, kann ich mich kaum entschließen, für eine Kapitalsteuer zu stimmen, ohne zugleich auf Erleichterung anderer Steuern hinzuwirken. Ich weiß wohl, wie schwierig die Sache in der Ausführung wird, und wie wenig zu hoffen ist, daß die Bureaukratie nachgeben werde. Allein die Lasten des Staats wachsen so heran, daß ich gegen jede neue Steuer mich erklären muß, wenn dabei das Volk nicht zugleich in irgend einer andern Steuer erleichtert wird. Diese Verhältnisse greifen alle wesentlich zusammen, und von einer solchen Bedingung könnte ich wohl nur dann abstehen, wenn das Geld, welches durch die Kapitalsteuer eingeht, ausschließlich zur Unterstützung der Volksschulen verwendet, letztere aber selbstständig und unabhängig von dem Einfluß der Geistlichkeit gestellt würden. Unter dieser Bedingung könnte ich mich schon vorläufig für eine Kapitalsteuer ohne eine andere Steuererleichterung entschließen.

Die Bemerkungen, die über Communismus und Socialismus gemacht worden sind, führen auf ein tiefgehendes weites Gebiet, und man müßte da bis auf die gediegenen Ansichten des klassischen Alterthums von der ausgleichenden und der austheilenden Gerechtigkeit zurückgehen. Der Zeitpunkt aber, diese Fragen durchzusprechen, scheint jetzt in diesem Saale noch nicht vorhanden zu seyn, und so müssen wir diesen Punkt wohl noch beruhen lassen.

Goll: Wenn die wohlgemeinte Absicht sowohl des ersten als zweiten Antragstellers wirklich im Interesse Derjenigen, welche erleichtert werden sollen, erreicht werden könnte, so werde ich gerne ihrem Antrag beistimmen. Davon kann ich mich aber unmöglich überzeugen. Die Abg. Bassermann und Junghanns mögen sich nur einmal bemühen, mir durch ein Exempel klar und deutlich vor Augen zu halten, daß in der That eine Erleichterung der Armen dadurch bezweckt wird. Der Abg. Weller spricht von 6 kr. per 100 fl., eine sehr geringe Abgabe, und andere Mitglieder wollen keine neue Steuer mit nach Hause bringen, wenn nicht eine andere dagegen abgeschafft wird. Geht aber nur ein Kreuzer von den bisherigen Steuern ab, so macht dieß im Ganzen eine Summe von 150,000 fl. aus, und um nach dem Ueberschlag des Abg. Weller diese 150,000 fl. wieder beizubringen, wäre die Besteuerung von 150 Mil-

lionen Kapitalien erforderlich. Ob sich eine solche Summe ergeben wird, im Hinblick auf diejenigen Kapitalien, die in fremden Papieren angelegt sind, lasse ich dahin gestellt seyn, und bemerke bloß, daß neuerlich die fremden Kapitalisten, die besonders in der oberen Gegend des Landes Kapitale zu mäßigen Zinsen angelegt haben, die Bedingung daran knüpften, daß, wenn eine Kapitalsteuer eingeführt werde, dieselbe den Schuldnern zur Last fallen solle. Wenn sonach diese Herren für den Augenblick nichts Besseres zur Erleichterung der Armen vorzuschlagen wissen, so werden sie mir erlauben, auf die Tagesordnung anzutragen, oder der Regierung zu überlassen, lediglich nur im Fall der Noth von diesem Mittel Gebrauch zu machen, zu dem wir jetzt nicht greifen sollten. Es ist möglich, daß die Zeit kommt, wo der Finanzminister auf diejenigen Klassen greifen muß, die bis jetzt auf eine Art geschont worden sind, die allerdings auffällt. Zu jener Zeit wird dann das fragliche Mittel auch seine Früchte bringen, und Diejenigen, die man jetzt erleichtern will, auch wirklich erleichtern. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, dem Abg. Bassermann einen freundlichen Wink zu geben. Der Hr. Abgeordnete gehört zufällig einer Familie an, die mit Glücksgütern wohl bedacht ist, und durch seine große Beredtsamkeit und seine guten Gründe könnte es ihm gelingen, den Zinsfuß in seinem Bereiche um ein Viertel oder ein Drittel herabzusetzen. Dieses Beispiel dürfte dann seine Nachahmer finden.

Trefurt: Auch mir hat es geschienen, daß die großen Kapitalien, was die Besteuerung derselben betrifft, in einem Staatshaushalt die große Reserve bilden sollten, die nur bei außerordentlichen Anlässen, alsdann aber auch in gehörigem Maße in Anspruch genommen werden dürfen, und ich bin noch jetzt der Meinung, daß Dieß das Angenehmste wäre. Uebrigens gestehe ich, daß die in diesem Saale sowohl von Ständemitgliedern als durch Petitionen laut gewordenen Wünsche für mich ebenfalls ein Leitfaden sind. Ich bin nie der Meinung gewesen, immer nur selbst das Beste zu wissen, und bescheide mich auch in dem vorliegenden Fall, daß die vielen Bittsteller, und Diejenigen, die durch die Kapitalsteuer erleichtert werden wollen, ihr Interesse wenigstens eben so gut verstehen, als ich. Ich sehe mich in dieser Hinsicht überstimmt, und will nun auch nicht ferner gegen die Kapitalsteuer sprechen. Am wenigsten wird mich der Haupteinwurf, der heute wieder gehört wurde, und der ein alter ist, abhalten, für die Kapitalsteuer zu stimmen, der Einwurf nämlich, daß die Kapitalisten die Steuer auf die Geldsuchenden überzuwälzen suchen. Diese Sucht der Ueberwälzung fürchte ich aus den von dem Abg. Bassermann angeführten Gründen keineswegs. Zwar glaube ich nicht mit Blankenhorn, daß die Kapitalisten so edelmüthig seyn werden, Dieß nicht zu thun, denn Das thun Alle, die Etwas zu bezahlen haben. Jeder sucht von den Steuern, und überhaupt von den Lasten, die auf ihm liegen, so viel er kann auf Andere überzuwälzen. Dieses Streben findet aber eben immer in den Verhältnissen seine natürliche Gränze. Der Kaufmann kann auf seine Waaren, und der Geldmann auf sein Geld nicht mehr schlagen, als er nach den Umständen vermag. Der Kapitalist nimmt, er mag eine große oder geringe Steuer bezahlen, so viel Zins als er unter den gegebenen Verhältnissen erhalten kann. Das war immer so, und wird auch immer so bleiben, weßhalb ich auch eine solche Ueberwälzung nicht fürchte. Andere Bedenken sind mir allerdings noch nicht beseitigt, wie insbesondere das Bedenken, daß die Beschwerung der Kapitalisten eben doch mehr oder weniger nachtheilig auf den Geldmarkt wirken könnte. Alle solche Bedenken halte ich jedoch durch die Ueberzeugung beseitigt, daß die Meinung jetzt schon sehr allgemein, und meines Erachtens im Fortschreiten begriffen ist, und stets allgemeiner werden wird, daß in der Einführung einer Kapitalsteuer wirklich eine Erleichterung der ärmeren Klassen bestehe, und diese Meinung, wenn ich sie auch für eine irrige halten sollte, ist mir höchst beachtenswerth, denn das Glück der Menschen besteht ja oft nur in einer Meinung, und wenn wir am Ende auch nur in der Meinung glücklich sind, so sind wir es doch. Ich bin also für eine Kapitalsteuer, und wünsche besonders jetzt, daß so viel als möglich jene Meinung nicht eine bloße Meinung seyn solle, sondern Das, was man sich bei Einführung einer Kapitalsteuer als Zweck denkt, nämlich die Erleichterung der Armen und die größere Belastung der Reichen auch wirklich zu einer Wahrheit werde.

Ich will in dieser Hinsicht nur an eine Aeußerung des

Abg. Buff erinnern und darauf aufmerksam machen, daß es von Wichtigkeit seyn wird, in dem Gesetz, welches wir vorgelegt erhalten werden, dafür zu sorgen, daß die großen Geldmächte stärker getroffen werden, als die vielleicht armen Kapitalbesitzer, die in ihren Kapitalen nur ihren Nothpfennig liegen haben. Es wird ferner, was die großen Geldmächte betrifft, von Wichtigkeit seyn, Bestimmungen zu treffen, die so viel als möglich sichern, daß sie sich der Steuer nicht entziehen. Wir haben zwar in unserem Lande keine europäischen Geldmächte, allein wir haben eben doch auch große Kapitalbesitzer, und die Stockkapitale befinden sich vorzugsweise in den Händen der reichen Banquiers und Großhändler, von denen wir wissen, daß sie nicht lauter baares Geld, sondern auch vielerlei Staats- und andere Papiere besitzen, welche sämmtlich mehr oder weniger Zinse abwerfen. Man wird also in einem solchen Gesetze die Bestimmung treffen müssen, daß solche Renten nicht in das Betriebskapital des Handelsmanns, sondern in das Steuerkapital der Kapitalsteuer aufgenommen werden. Solche Vorkehrungen halte ich durchaus für nothwendig, wenn nicht das Ganze bloß eine Illusion seyn sollte.

Knapp: Es klinget so herrlich, es klinget so schön; wenn es aber an die Praxis kommt, so stellt sich die Sache ganz anders heraus. Die Kapitalsteuer wird überall gleich einem Rettungsmittel des Vaterlandes bezeichnet, und in vollem Glanze herausgestrichen. Ein Staat, worin Kapitalsteuer eingeführt ist, war zu derselben Zeit in dem Fall, ein Anlehen machen zu müssen, welches den Betrag jener Steuer von zwanzig Jahren erreichte. Derselbe Staat hat dann abermals ein Anlehen machen und dafür ein Procent mehr aufwenden müssen, als wir, und noch ist nicht gewiß, um welch' hohen Preis er künftige Anlehen wird abschließen können. Dieser Staat also, der in dem Besitz jener hochgepriesenen Revenüe ist, muß jetzt mit Millionen dafür büßen, und wir sollten uns deßhalb von einer solchen Steuer frei halten. Der Abg. Weller will allerdings schon jetzt ausgesprochen wissen, wie viel die Steuer betragen solle, allein ich theile auch hierin seine Ansicht nicht, und wenn er dann noch die weitere Bedingung beigefügt wissen will, daß irgend eine andere Steuer nachgelassen werden solle, so möchte ich ihn nur fragen, wohin gegriffen werden solle? Die geringste Steuer macht mehr aus als die ganze Kapitalsteuer betragen würde. In der bayerischen Kammer wurde der Vorschlag gemacht, die gehässigste Steuer von allen, nämlich das Lotto, aufzuheben, allein bis jetzt war diese Mühe vergeblich, indem der Finanzminister erklärte, hier habe er die sichersten Revenüen. Es blieb also dabei, wenn auch das Volk darüber zu Grunde geht. Was die vielen Stimmen, und namentlich die Petitionen betrifft, welche Kapitalsteuer verlangen, so sind es der letzteren nur sechs. Führt man aber die Kapitalsteuer ein, so wird es Petitionen regnen, die auf Abschaffung derselben dringen, und die Folge wird dann seyn, daß unser Finanzminister eben auch sagt, er habe einmal diese Steuer, und könne sie nicht entbehren, sondern sie müsse fortbezahlt werden, ja es kann sogar in seinem Interesse liegen, diese Steuer gerade darum beizubehalten, weil sie ihm aufgedrungen wurde. Man will 6 kr. von 100 fl. auflegen, allein dieß nenne ich ein Allmosen, und ein ordentlicher Kapitalist gibt dem Schuldner mehr als 6 kr. zurück, wenn er den Zins richtig bezahlt. Ein solches Allmosen aber würde dahin führen, daß der Kapitalist sagt, ich muß Steuer bezahlen, und du Schuldner mußt sie mir ersetzen. Ich habe vor nicht langer Zeit mit einem Exequenten gesprochen, und ihm gesagt, er werde viel zu thun haben, allein er antwortete mir, er habe wenig zu thun, da die Leute bei der großen Armuth nicht zur Zahlung angehalten werden. Hierin sehe ich eine Erleichterung. Man sagt, die frühere Kapitalsteuer sey zu hoch, und deßhalb so drückend gewesen. Wissen Sie aber auch, was diese getragen hat? Nicht weiter als 70,000 fl. Die großen Kapitalisten wird man ohnehin nicht fangen, wenn man auch noch so viele Controlmaßregeln, Büchervisitation und Haussuchung anordnete. Man müßte eine besondere Deputation nach Deidesheim schicken, um nur das Vermögen unseres Abg. Buhl herauszubringen, denn dort ist es zu finden, und will man gerecht seyn, so darf man keinen Unterschied machen, ob sich das Vermögen im Inland oder Ausland befindet, gleichwie auch die fremden Lotterieloose besteuert werden müßten. Ich sage nochmals, daß man der Armuth, die man so häufig im Munde führt, nicht helfen würde. Am besten könnte dieß dadurch geschehen, wenn man die

Stiftungen anwiese, ihr Kapitale statt zu 5 zu 4 Prozent auszuleihen. Ich habe vor ungefähr 20 Jahren, wo Stiftungskapitale mit 6 Prozent verzinst wurden, einen Antrag auf Herabsetzung des Zinsfußes gestellt, was wohlthätig im ganzen Lande wirkte und dem Geldwucher ein Ende machte. Wiederhole man diese Maßregel und es wird auch der Zins aus den übrigen Kapitalien hierdurch herabdrückt werden. Wenn ich alle diese Verhältnisse betrachte, so kann ich mich nur für den Antrag des Abg. Goll auf Tagesordnung, und wenn dieser, wie ich voraussehe, verworfen wird, lediglich für den Antrag des Abg. Helmreich erklären.

Knittel: Der Antrag des Abg. Helmreich geht auf Einführung einer Einkommenssteuer. Ein solcher Antrag ist aber so durchgreifend, daß er nicht so ex abrupto in den Saal geworfen und darüber abgestimmt werden kann. Wenn etwas in dieser Sache geschehen sollte, so müßte sie an die Commission zurückgewiesen werden, denn eine Einkommenssteuer ist viel weiter gehend als eine Kapital- oder Zinsrentensteuer. Jedes Ding hat bekanntlich seine zwei Seiten und es ist natürlich, daß auch über die Einführung einer Kapital- oder Zinsrentensteuer von der Seite, die nicht dafür stimmt, sehr wichtige und triftige Gründe angeführt werden können. Es kommt nur darauf an, ob nicht jene Gründe, die von der andern Seite vorgebracht werden, noch triftiger sind.

Ich habe schon auf dem vorigen Landtage, als dieser Gegenstand zur Sprache kam, mich dahin ausgesprochen, daß ich die Einführung der fraglichen Steuer für billig und gerecht halte. Ich bin auch heute nicht eines Andern belehrt worden, halte aber nicht für nothwendig, meine Gründe weiter auseinander zu setzen, nachdem Dieß schon in mehreren ausführlichen Vorträgen geschehen ist. Was nun aber den Antrag des Abg. Weller betrifft, so glaube ich meines Theils, daß es sich von selbst versteht, daß, wenn man für Einführung dieser neuen Steuer stimmt, man damit nicht der Regierung eine Steuerhöhung auf dem Teller überreichen will, um etwa damit nach Belieben zu schalten und zu walten. Ich halte es auch nicht unserer Stellung angemessen, Gelder, die gar nicht gefordert werden, ohne Weiteres zu bewilligen, sondern Dieß kann nur in der Voraussetzung geschehen, daß entweder eine andere, den armen Mann besonders drückende Steuer aufgehoben oder die neue Steuer auf eine Weise verwendet wird, wie Dieß der Abg. Zittel andeutete, nämlich zum Nutzen und Frommen der Armen überhaupt; oder aber, es soll eine solche Steuer nur dann eingeführt werden, wenn die Zeit, mit der uns sicher gedroht wird, gekommen ist, nämlich die gegenwärtigen Steuern nicht mehr ausreichen.

Ich will wenigstens nicht, daß die anderen Steuerpflichtigen noch mehr belastet werden als bisher. Wenn sich nun Dieß aber Alles von selbst versteht, so ist es auch nicht nothwendig, aus einer gewissen Aengstlichkeit, die Sache möchte falsch interpretirt werden, die Klausel des Abg. Weller anzunehmen, ja es ist Dieß sogar ganz nutzlos, denn ich frage, ob, wenn einmal an eine spätere Kammer ein dießfallsiger Gesetzentwurf gelangt, sich diese an eine solche Klausel binden wird? Ich verneine Dieß und behaupte, daß sie ganz selbstständig nach ihrer Ueberzeugung das Gesetz berathen wird, ob wir die Klausel beigefügt haben oder nicht. Sie wird wenigstens keine Rücksicht darauf nehmen müssen, obgleich ich zugebe, daß sie darauf Rücksicht nehmen wird, ohne daß wir uns bestimmt darüber aussprechen.

Jedenfalls halte ich für zweckmäßig, den Antrag so allgemein zu stellen wie die Commission, und ich theile auch ihre Gründe, denn man sieht wie weit die Ansichten schon hier auseinandergehen, sobald man sich in's Detail einläßt. Will man Etwas erreichen, und sollen alle Factoren gemeinschaftlich zusammenwirken, so muß man das Detail möglichst vermeiden, denn nur über einen allgemeinen Antrag ist es möglich, die verschiedenen Ansichten zu vereinigen, und wir sollten hier am wenigsten das Beispiel einer Zersplitterung geben. Ich stimme deßhalb ohne alle Aengstlichkeit für den allgemeinen Antrag der Commission.

Buhl: Niemand kann mehr als ich von der Ueberzeugung durchdrungen seyn, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen Noth thut, eine Reform im Steuerwesen überhaupt vorzunehmen, wodurch bezweckt wird, die ärmeren Klassen zu erleichtern und die Wohlhabenden mehr zur Bestreitung der Staatslasten beizuziehen. In Beziehung auf die Art und Weise aber, wie Dieß geschehen soll, bin ich anderer Ansicht, als meine Freunde. Die Einführung einer Kapitalsteuer scheint mir nicht den Erfolg zu haben, den ich mir überhaupt

von einer Reform des Steuerwesens verspreche. Wenn ich nämlich den wahrscheinlichen Ertrag der Kapitalsteuer in's Auge fasse, und damit die Verationen vergleiche, mit denen die Erhebung derselben nothwendigerweise verbunden ist, so stoße ich schon hier auf große Bedenken. Außerdem glaube ich auch, daß nicht die reicheren Kapitalisten es seyn werden, die diese Steuer bezahlen, sondern mehr die Mittelklassen derselben. Jene werden einem großen Theil der Steuer entgehen, während Diejenigen, die ihre Gelder im Lande auf Hypotheken ausgeliehen haben, zur Steuer werden beigezogen werden.

Wenn man ferner die Ansicht hat, daß die Einführung einer Kapitalsteuer keinen Einfluß auf den Zinsfuß haben werde, so bin ich auch wenigstens für die nächste Zeit damit nicht einverstanden.

So nieder wir auch den Satz greifen mögen, so wird in der nächsten Zeit doch von Manchem Dieß als Gelegenheit benutzt werden, um den Zinsfuß zu steigern. Eine naturgemäße und sehr zweckmäßige Besteuerung der Kapitale läge meines Erachtens darin, daß man ein Mittel ergreife, wodurch der Zinsfuß herabgesetzt würde, und Dieß wird bewirkt werden, wenn man dem Darleiher die größtmöglichste Sicherheit nicht bloß für das Kapital selbst, sondern auch dafür bietet, daß die Bedingungen, unter denen er sein Geld ausgeliehen hat, treu erfüllt werden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß Kapitalisten, die in unserem Lande Gelder zu 4 Prozent angelegt haben, während der Zinsfuß in Rheinbayern auf 5 Prozent steht, Dieß besonders darum thaten, weil ihnen das Hypothekengesetz hier mehr Sicherheit darbietet als dort. Uebrigens haben die Kapitalisten auf dieser Seite des Rheins auch wieder Erfahrungen gemacht, in deren Folge sie nicht mehr so bereitwillig sind, hier Gelder anzulegen, die Erfahrung nämlich, daß, wenn der Zins nicht zur gehörigen Zeit bezahlt wurde und sie dann Klage erhoben haben, sie aus Rücksicht gegen den Schuldner halbe Jahre lang damit hingehalten worden sind.

Unter solchen Umständen wollen sie dann lieber sich mit 3½prozentigen Staatspapieren begnügen, indem sie dann die unangenehmen Verationen vor Gericht nicht zu bestehen haben. Ich glaube deßhalb, daß man die Kapitalisten am besten besteuert, wenn man Maßregeln ergreift, wodurch der Zinsfuß herabgesetzt wird. Nun habe ich aber meinen Vortrag gleich mit der Bemerkung begonnen, daß ich unter den gegenwärtigen Umständen eine Reform unseres Steuersystems überhaupt für nothwendig halte. Diese Reform wird erreicht werden, wenn wir uns zu einer Einkommensteuer entschließen, jedoch nicht in der Weise, daß man als Minimum Desjenigen, was besteuert werden solle, 2000 fl. annimmt, denn dieser Satz wäre meines Erachtens viel zu hoch gegriffen. Wir müssen 500 fl. als Minimum annehmen, denn selbst in England hat der Minister Peel 150 Pfund vorgeschlagen, was so viel oder vielleicht noch etwas weniger ist als bei uns 500 fl. Ich bin auch nicht der Meinung, daß, wenn man an eine solche Einkommensteuer gehen wollte, es nothwendig wäre, diesen Punkt überhaupt noch vorher einer besonderen Berathung zu unterwerfen. Die Kammer kann sich jetzt schon dafür aussprechen, denn diese Einkommensteuer ist in den freien Reichsstädten, so wie in vielen Kantonen der Schweiz eingeführt, und als Peel die Staatseinnahme in England hierdurch vergrößerte, hat er andere drückende Steuern im Verhältniß nachgelassen. Auch wir sollten uns für eine Einkommensteuer aussprechen, und im Verhältniß zu dem Ertrag derselben diejenigen Klassen, die durch unser jetziges Steuersystem besonders hart getroffen werden, erleichtern. Der Abg. Buff hat erklärt, daß es nothwendig sey, ein Gesetz über die Armenpflege zu erlassen, und darauf hingewiesen, daß man sich in größeren Staaten, wobei er wahrscheinlich England im Auge hatte, dasselbe gethan habe, und in anderen Ländern sich emsig mit diesem Gegenstand befasse.* Derselbe hat dann auch in seiner Rede der Industrie und dem Ueberhandnehmen der Geldmacht überhaupt den Stab gebrochen. Auf welche Art und Weise aber sollen denn Angesichts unserer steigenden Staatsbedürfnisse die zu Bestreitung derselben nothwendigen Mittel aufgebracht werden? Zur Erleichterung der ärmeren Klasse dient es nicht, über die Industrie, die uns auf naturgemäße Weise die Mittel hiezu schafft, ein solches Urtheil zu sprechen. Wollen wir etwa Armenanstalten errichten, und auf welche Art und Weise sollen die Armen in diesen Anstalten unterhalten werden? Was sollen sie dort treiben?

Ist es nicht viel vernünftiger den Leuten Gelegenheit zu geben, in den großen Industrie-Etablissements zu arbeiten und dort ihren Unterhalt zu verdienen. Eine poetische Natur mag die Zeit, wo die Leute in Bärenhäuten mit Pilgerstäben herumgegangen sind, für eine glücklichere Zeit halten, als die jetzige, wo man sie nicht in Bärenhäuten sieht, sondern die Beobachtung macht, daß die Industrie und der Handel es sind, die uns auch wiederum die Mittel verschaffen, unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Mit dem Steigen unserer Bedürfnisse werden uns durch den Handel, die Industrie und die Landwirthschaft ungefähr gleichzeitig wieder die Mittel an die Hand gegeben, dieselben zu bestreiten, und wenn man einen solchen Zustand für einen beklagenswerthen hält, so halte ich ihn meiner Seits für einen viel glücklicheren, als den längst vorangegangenen. Die Uebel aber, die unsere gegenwärtigen Verhältnisse mit sich bringen, soll man allerdings möglichst zu beseitigen suchen, und Dieß geschieht, wenn man die ärmeren Klassen nach Kräften erleichtert und die Wohlhabenden möglichst zu Bestreitung der Staatsbedürfnisse, die sie ihrer eigenen Sicherheit wegen am meisten nothwendig haben, herbeizieht. Bei Einführung einer Einkommensteuer leitet mich, wenn ich mich dafür erkläre, auch die Ansicht, daß, wie in der Schweizerrepublik, in England und in den freien Städten das Einkommen, welches der Bürger hat, mag er es beziehen, woher er will, zur Steuer beigezogen wird, so zwar, daß ich auch von meinen Besitzungen in Deidesheim die betreffende Abgabe an den Staat zu entrichten hätte. Diejenigen indessen, die die Einführung einer Kapitalsteuer jetzt als einen Act der Gerechtigkeit wünschen, müssen sich rein darauf beschränken, den Commissionsantrag, so wie er gestellt ist, anzunehmen, denn die Annahme des Antrags des Abg. Weller könnte leicht den Erfolg haben, daß die Adresse in dem andern Hause durchfällt. Zum Schluß wiederhole ich meine Erklärung, daß ich den Antrag des Abg. Helmreich unterstütze, jedoch unter der Bedingung, daß 500 fl. als Minimum angenommen werden.

Gottschalk: Man hat schon wiederholt gesagt, die öffentliche Meinung fordere die Einführung einer Kapitalsteuer. In dieser Beziehung stimme ich beinahe dem Abg. Knapp bei und zwar darum, weil mir die wenigen vorliegenden Petitionen nicht genügen, um einen kräftigen Ausdruck der öffentlichen Meinung zu beweisen. In so wichtigen Fragen halte ich den Ausspruch der öffentlichen Meinnng nur dann für maßgebend, wenn eine Masse von Petitionen an dieses Haus kommt.

Indessen halte ich mich nicht einzig und allein hieran, sondern frage mein Herz, was recht und billig sey. Wenn ich Dieß in dem vorliegenden Fall thue, so weiß ich es allerdings nicht zu rechtfertigen, daß man den Besitzer von Kapitalien frei läßt, während Andere angehalten werden, zu den Staatslasten beizusteuern. Deßhalb bin ich auch ganz damit einverstanden, daß man Niemand durchschlüpfen lasse, sondern die allgemeine schwere Bürde gleichmäßig auf den Rücken Aller vertheilen solle. Offenherzig gesprochen, habe ich aber von dieser neuen Steuer nicht die großen Erwartungen, die Viele davon hegen. Im Commissionsbericht ist gesagt, daß man die Kapitale der Ausländer nicht besteuern solle, und dann sehe ich auch die Frage über die Besteuerung der Besitzer von Staatspapieren nicht beantwortet. Wenn diese zwei Klassen durchschlüpfen, so möchte ich doch fragen, wo sonst noch die Massen von Reichthümern zu finden wären. Ich wollte gerne, daß es mit der Anhäufung von Millionen so stünde, wie Manche glauben, und wollte gerne einem solchen Lande angehören. Wir werden aber bei uns diese Massen nicht finden, und am Ende schaffen wir nur noch ein neues Heer von Aufsichtspersonen, wodurch sich die Steuereinnahme wiederum auf eine Kleinigkeit reducirt. Dessenungeachtet bin ich jedoch einem Versuch nicht abhold. Ich will Denjenigen treffen, der es verdient, und enge mich auch nicht in die Grenze ein, die der Abg. Weller gezogen wissen will, sondern trete lediglich dem Commissionsantrag bei, denn wenn wir auch mehr Steuer erheben, als bis jetzt, so haben wir Gelegenheit genug, das Mehr nützlich zu verwenden und namentlich auch zum Vortheil derjenigen Klasse, von der wir immer sprechen. Hiezu rechne ich insbesondere Straßenanlagen in entfernten Landestheilen, die von dem großen Communicationsmittel der Eisenbahn keinen Nutzen ziehen. Ich weiß, daß mein früherer Wahlbezirk immer noch vergeblich um solche bittet, die ich auch in dem dießmaligen außerordentlichen Budget wieder nicht gefunden habe. Was sodann eine Radicalreform im Steuerwesen

betrifft, so halte ich für bedenklich, eine solche so geradezu in Antrag zu bringen.

Es ist gleich niedergerissen, aber nicht ebenso schnell wieder etwas Gutes aufgebaut. Wenn wir unser altes Steuersystem aufgeben und auf eine Einkommensteuer greifen wollten, so könnte die Regierung bald in Verlegenheit kommen, ein solches Budget zu decken, wie wir es haben. Man will ausposaunen, daß der Wohlstand und der Erwerb so sehr zugenommen haben, allein gerade das Gegentheil ist der Fall. Einem Mann, der ein mäßiges Vermögen besitzt, ist es bei so großer Concurrenz und unseren Bedürfnissen und Verhältnissen überhaupt kaum möglich, Etwas zu erwerben.

Anderer Seits kann ich aber eben so wenig begreifen, wie man, wenn man von unserem Steuersystem spricht, immer nur die Klasse der Aermeren und Aermsten so unendlich bedauert. Bei einem Blick auf andere Länder finde ich, daß der Aermere dort noch weit schlimmer daran ist, als bei uns, und man darf sich glücklich schätzen, einem Lande anzugehören, das in solcher Weise für seine Armen sorgt, wie Dieß bei uns geschieht. Wenn wir darnach fragen, was Derjenige bezahlt, der besitzlos ist, so stoßen wir auf sehr wenig. Dagegen liegt für diesen eine Garantie im Gemeindegesetz dafür, daß man ihm nöthigenfalls Unterhalt und Obdach gewähren muß, was besonders den Mittelklassen zur Last fällt und zwar in einer Weise, daß sich namentlich die Städter, denen die Gemeindeumlagen nur dem Namen nach bekannt sind, keinen Begriff davon machen können. Ich kann aber aus meiner früheren Stellung als Vertreter einer Gemeinde und als ehemaliger Vertreter der oberen Waldgegend versichern, daß es nicht die Staatssteuern sind, die den Mittelmann drücken, sondern die Gemeindesteuern, und man kann sich hievon eine Idee machen, wenn ich sage, daß auf 100 fl. Steuerkapital nicht selten 2 fl. kommen, ja sogar bis auf 4 fl. jährlich umgelegt werden. Eben deßhalb wünsche ich, daß man bei uns nicht immer den Mund voll nimmt und sagt, die Armen seyen nicht berücksichtigt. Gerade die Obsorge für diese drückt viele von den Wohlhabenden, von denen oft nur Einzelne vier oder fünf in einer Gemeinde das Deficit decken müssen, weil nur Diese es sind, die Etwas haben. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, glaube ich behaupten zu dürfen, daß der Zustand der Armen immer als viel zu jämmerlich dargestellt wird. Es ist von dem Vertreter meines früheren mir immer noch theueren Wahlbezirks gesagt worden, man müsse Armenanstalten errichten. Ich bestreite Dieß, denn Dieß würde nur den Müßiggang befördern. Man schaffe Arbeit, und Dieß kann man. Ich will nicht ganz bestreiten, daß es vielleicht gut wäre, wenn wir unsere alten patriarchalischen Verhältnisse noch hätten, allein ich wünschte Dieß nicht in Beziehung auf die Bildung und den Aufschwung des menschlichen Geistes, am allerwenigsten aber in Beziehung auf die Bequemlichkeit, besonders der Regierenden. Es liegt jedoch außer dem Bereich der Möglichkeit, das Alte wieder zurückzubeschwören, und es wäre Dieß auch nicht vernünftig. Nicht wir selbst und unsere Mitbürger haben uns übrigens in diese neuen Verhältnisse geworfen, sondern die Fremden und namentlich die Engländer waren es. Gerade in meinem alten Bezirk hat man früher die Baumwolle mit der Hand gesponnen, allein nun sind die Engländer gekommen und haben jenen Leuten diesen Verdienst durch Lieferung von besserem und wohlfeilerem Maschinengarn entrissen, und solche zu anderer Beschäftigung, namentlich zum Landbau, genöthigt. Das, was die Zeit dringend und gebieterisch fordert, führt jedoch oft zum Bessern, und so hoffe ich, es werde der Abg. Buss in einer der nächsten Sitzungen mit uns darin einverstanden seyn, daß man den Ausländern, die uns Das wegfressen, was wir selbst verdienen könnten, einen Damm entgegensetze und auf diese Art für die Armuth sorge, denn was würde das Ende von dem Liede seyn, wenn man nur Diejenigen, die noch Etwas haben, progressiv höher besteuern wollte? Wir würden alsdann bald keinen Bürger mehr unter uns zählen, der im Stande wäre, Andere zu unterstützen.

Es würde mit einem Wort dahin führen, wohin es in einer Gemeinde (Rineck) kam, über deren trostlose Lage wir nächstens zu verhandeln haben. Alsdann wären wir aber Alle und am ersten der Staat in der größten Verlegenheit. Ich fordere allerdings Gleichheit in der Besteuerung und ich sehe auch ein, daß man bald darauf kommen wird und muß, in unser ganzes Steuersystem eine größere Gleichheit zu bringen, allein noch nicht sobald möchte ich von unserem gegenwärtigen System ganz abgehen, sondern vielmehr nur zu einer Reform rathen.

Etwas, was vor dreißig Jahren geschaffen worden ist, kann unmöglich jetzt noch eben so gut seyn, wie damals, allein eine Verbesserung muß erst vorbereitet werden, und unter einer solchen Verbesserung verstehe ich namentlich auch, daß wir in der Besteuerung der Immobilien, wenn auch nicht gleich jetzt, so doch in Zukunft eine größere Gleichförmigkeit einführen, von der ich dann den Erfolg hoffe, daß der Eine erleichtert, und der Andere in richtigerem Maße zu den Staatsausgaben beigezogen wird. Wenn von einer solchen Aenderung die Rede ist, so habe ich dabei namentlich auch eine bessere Katastervermessung im Auge, und kann bei diesem Anlaß nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß wir für eine Aufnahme des Landes so große Summen verschwendet und nicht eine Katastervermessung damit verbunden haben, die so nützlich wäre, indem hierdurch eine größere Gleichheit in der Besteuerung herbeigeführt würde, die um so nothwendiger wäre, als sich schon so Viele z. B. darüber beschwert haben, daß die Waldungen nicht in richtigem Verhältniß besteuert seyen. Eine solche Katastervermessung aber, die so ungeheuere Kosten verursacht, im Augenblick zu verlangen, kann ich wieder nicht über mich gewinnen, sondern es ist hiezu ebenfalls eine Vorbereitung erforderlich, die ich gerne einmal zum Gegenstand einer Motion gemacht hätte, wenn es mir nicht auch um einen baldigen Schluß des Landtags zu thun wäre. Ich begnüge mich daher für jetzt bloß damit, der Sache Erwähnung gethan und darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß der Katastervermessung eine bessere Eintheilung der Felder und Aussteinung der Grenzen vorangehen müßte. Nicht als ob ich in Folge einer vernünftigeren und praktischeren Güterverthei-lung dem Einen sein Eigenthum wegnehmen und dem andern zutheilen möchte, sondern die Durchführung einer der Katastervermessung vorangehenden besseren Eintheilung der Gemarkungengewanne und Felder wäre in gar mancher Beziehung nützlich, besonders für Anlage von gutgewählten Auf- und Abfahrtswegen, Abzugs- und Wässerungsgräben ꝛc. und dann könnte man auf einer planmäßigen Anlage immer fortbauen und würde dann für vieles Geld auch etwas Gutes und Dauerndes erhalten. Noch besonders möchte ich die Regierung darauf aufmerksam machen, daß, wenn sie sich durch die heutige Discussion vielleicht veranlaßt findet, auf diese Ideen unter Zugrundlegung eines verbesserten Steuersystems einzugehen, sie bei guter Zeit die betreffenden Leute auswählen und eine allgemeine Instruction ausarbeiten lassen möchte, nach deren Vorschriften dann im ganzen Lande auf eine und dieselbe Weise verfahren würde und so auch diejenigen Gemeinden, die ihre Gemarkungen jetzt schon vermessen lassen, dieselben Vorschriften und Normen beobachten müßten, die später in einer allgemeinen Instruction gegeben werden. Hieran knüpft sich dann auch noch die übertriebene kleine Vertheilung der Güter, die ich nicht für gut halte, wenn die Zerstückelung zu weit getrieben wird, wie ich Beispiele kenne, daß sogar Waldstücke von circa 20 Schritt breit in 4 bis 5 Riemen getheilt wurden, was für die Gesammtheit wie für die Betreffenden nur schädlich ist. Wenn ich nun aber auf die Abnahme unseres Wohlstandes zurückkomme, so kann ich nur dringend wünschen, daß man es nicht mit gleichgültigen Augen ansehen möchte, ob man Millionen verschwendet, und Luxusausgaben macht, ob man Massen über Massen von Angestellten hinsetzt, um die Geschäfte eines so kleinen Landes zu besorgen, sondern darauf gesehen werde, practisch gebildete, würdige und arbeitsame Männer zur Verwaltung zu berufen, damit die schwer aufgebrachten Mittel des Landes nützlich verwendet werden. Aber gerade hierin, wo so viel geleistet werden könnte, bleibt noch viel zu thun übrig. Wenn endlich auch noch von dem Communismus die Rede war, so habe ich mich selbst in dem Kreise der untersten Klassen überzeugt, daß unser badisches Volk zu vernünftig ist, als sich dem rohen Communismus in die Arme zu werfen, der in der Regel nur von Denjenigen gepredigt wird, die mißvergnügt sind. Der Mann, der selbst mit einigen Schulden seine Scholle und sein kleines Häuschen zu Eigenthum besitzt, ist froh, wenn er nur noch über Etwas frei schalten und walten kann. Wo würde auch Dergleichen, einen gemeinschaftlichen Haushalt zu führen, hinführen? Man würde nicht genug Strafanstalten schaffen können, um Jeden zur gehörigen Arbeit anzuhalten. Ich meine die freie Bewegung des Menschen, die Aussicht, sich und den Seinigen und dem Staat nützlich seyn zu können, sollte eine der angenehmsten Triebfedern zur Civilisation seyn. Es ist kein Streben nach Freiheit, sondern eine ganz andere schlechte Absicht, die der Communismus im Schilde führt. Auch ich huldige dem

Communismus, aber nicht jenem rohen, der nach der Beute lüstert, sondern dem geistigen Communismus, der in einer wahren Verbrüderung und in einem harmonischen Zusammenwirken der Menschen besteht, um die Wohlfahrt und das Glück des Vaterlandes zu befördern, und selbst eigene Mittel nicht scheut, um diesen schönen Zweck zu erreichen. Nach allem Diesen unterstütze ich den Commissionsantrag, weil ich zeigen will, daß ich einen Versuch nicht scheue, woraus Erfahrungen zu schöpfen seyn dürften, die uns nützen könnten.

Junghanns I.: Es sind gegen meinen Antrag nur drei Stimmen aufgetreten, denn alle übrigen Redner haben ihn in der Hauptsache unterstützt. Von diesen drei Stimmen hat die eine behauptet, man solle die Kapitalsteuer nur dann einführen, wenn irgend eine auffallende Noth vorhanden sey, sie solle gleichsam eine Reserve bilden, die man in Anspruch nähme, wenn die Noth dazu dränge. Dadurch aber, daß ich und die Commission den Antrag gestellt haben, die Kapitalsteuer am Anfang nur ganz nieder zu greifen, wird sie eine Reserve, die jeden Augenblick, wenn das Bedürfniß es fordert, erhöht werden kann. Ein anderes Mitglied hat uns auf das Beispiel von Württemberg hingewiesen, das in seinem Anlehen darum so unglücklich gewesen sey, weil dort eine Kapitalsteuer bestehe. Der letztere Umstand hat aber daselbst weder den Zinsfuß erhöht, noch das Anlehen vertheuert, sondern der Grund ist einzig der, daß zu jener Zeit, wo wir ein Lotterieanlehen machen wollten, Württemberg ein Anlehen auf gewöhnliche Schuldscheine verlangte, die von den Banquiers nicht so gesucht waren, und weil überhaupt jenes Anlehen zu der ungünstigsten Zeit abgeschlossen wurde. Endlich hat der dritte Gegner bemerkt, die Kapitalsteuer werde eine Erhöhung des Zinsfußes zur Folge haben. Das will ich glauben, wenn der Herr Redner mir die Ueberzeugung beibringt, daß ein Kapitalist im Lande sey, der nicht so viel Zins von seinem Kapital nimmt, als er jetzt schon erhalten kann. Die Regel wird die seyn, daß der Zinsfuß eben gerade so hoch ist, als er sich mit den Verhältnissen eines Landes verträgt und daß der Kapitalist, wenn das Geld selten ist, einen höheren und im entgegengesetzten Falle einen niederen Zins nimmt.

Alle übrigen Redner haben, wie ich bereits bemerkt habe, dem Antrag zugestimmt und mehrere derselben nur einen Zusatz zu demselben verlangt. Hiebei freute ich mich über die patriotischen Worte des Abg. Zittel. Dazu gehört wahrer Muth, seine Ueberzeugung auch dann auszusprechen, wenn dieselbe gegen einen Strom ankämpft und man fürchten muß, die Popularität zu verlieren, die man sonst besessen hat. Fügt man dem Antrag die Beschränkung bei, welche mehrere Mitglieder wünschen, so fürchte ich, wir möchten nur scheinen, die Lasten des Volks erleichtern und eine Gleichheit der Besteuerung herbeiführen zu wollen, während wir in der That dieses Ziel nicht zu erreichen suchten. Schon in der Begründung der Motion wurde bemerkt, daß wir am Vorabend bedeutender Ausgaben stehen, und unser Budget selbst enthält schon einen Theil derselben. Sie werden sich hieraus überzeugen, daß die Organisation der Gerichte einen ungemein außerordentlichen Aufwand veranlaßt, allein schon der ordentliche und bleibende Aufwand wird die Summe von 3—400,000 fl. erreichen. Wir werden ferner täglich mit Gesuchen um Erhöhung des Einkommens der Schullehrer bestürmt, und in einer früheren Sitzung haben wir beinahe einstimmig uns dahin ausgesprochen, daß eine solche Erhöhung ein dringendes Bedürfniß sey. Auf welche Weise sollen nun diese 3–400,000 fl. und die bedeutende Summe, welche die Erhöhung des Einkommens der Schullehrer nothwendig macht, beigeschafft werden, wenn es nicht dadurch geschehen soll, daß wir eine billige und gerechte Steuer, eine Steuer, die den Wünschen des Landes entspricht, einführen? Ein Mitglied hat behauptet, wir würden durch Annahme des Antrags, wie ihn die Commission stellte, ein Vertrauensvotum aussprechen, und man hat bei dieser Gelegenheit auf den Friedrichsfelder Vertrag hingewiesen. Es ist aber ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Beschluß, wodurch man die Regierung ermächtigt, einen Vertrag einzugehen, den man nachher nicht mehr ändern kann, und zwischen der Zustimmung zu einer Adresse auf Einbringung eines Gesetzes, das uns vorgelegt wird, und das wir nach unserer eigenen Ueberzeugung modificiren können. Es stünde uns nach Vorlegung eines solchen Gesetzes frei, wenn die Umstände es erlauben, an dem persönlichen Steuerkapital einen Abzug zu machen, oder zu fordern, daß die Accise von Liegen-

schaftsverkäufen von 1½ auf 1 Kreuzer herabgesetzt werde. Es wird hier Alles davon abhängen, wie die Frage gestellt wird. Auch meine Meinung geht, wie die der Commission, dahin, daß, wenn sich bei dem nächsten Budget als möglich darstellt, gegen die Kapitalsteuer eine andere Steuer aufzuheben, diese wirklich aufgehoben, daß aber, wenn dieß nicht möglich ist, und der Drang der Umstände eine Erhöhung der Abgaben erfordern sollte, diese nicht bei der Grundsteuer oder einer der übrigen bestehenden Steuern eintrete, sondern zu der Kapitalsteuer gegriffen werde. Das ist der Sinn meines Antrags und desjenigen der Commission, und wenn an die Kammer die Frage gerichtet wird, ob sie unter dieser Voraussetzung dem Commissionsantrag beistimme, so wird sie Dieß thun können, ohne daß man den weiteren Zusatz macht. Davon wird sich der Herr Präsident des Finanzministeriums aus der Discussion überzeugt haben, daß beinahe die ganze Kammer die Einführung einer Kapitalsteuer für den Wunsch des größten Theils unseres Landes hält und daß, wenn die Regierung auf diesen Antrag eingeht, sie damit einem Bedürfniß entspricht und der öffentlichen Meinung Genüge leistet. Ich will hier nur noch auf die Worte aufmerksam machen, die einer der ersten Schriftsteller im Finanzfach über diesen Gegenstand gesagt hat. „Am meisten Schwierigkeiten unter allen Steuern, bemerkt derselbe, hat eine Kapitalsteuer; nur Eines hat sie für sich, das ist die Gerechtigkeit, die Forderung der Gerechtigkeit, daß kein Theil des reinen Einkommens, am wenigsten ein so ansehnlicher, und keine Klasse der Gesellschaft von so unzweifelhafter Steuerfähigkeit frei bleibe. Schließlich habe ich nun nur noch über die Bemerkung eines Mitgliedes hinsichtlich der Höhe der Steuer Einiges zu äußern. Ich habe bereits bemerkt, daß ich mit der Commission der Meinung sey, die Steuer solle für den Anfang nieder gehalten werden und wo möglich den Betrag von 6 kr. per Hundert nicht überschreiten. Ich habe ferner bemerkt, daß es mir nicht möglich scheine, irgend ein Kapital, das sich im Allgemeinen unter diese Rubrik eignet, frei zu lassen. Befreiungen von solchen Abgaben würden zu großen Mißständen führen und sie scheinen auch dann um so weniger nothwendig zu seyn, wenn die Steuer so nieder ist, als wir gefordert haben. Eine Steuer von 6 kr. per Hundert würde für Jemanden, der ein Kapitalvermögen von 2000 fl. besitzt, nicht mehr als jährlich 2 fl. betragen. Warum aber ein Kapitalist mit 2000 fl. Kapitalvermögen frei seyn solle, während der Taglöhner, der nur einen Acker von 100 fl. Werth besitzt, beigezogen wird, sehe ich nicht ein.

Dahmen: Es ist schon so viel über die vorliegende Frage gesprochen worden, daß ich mich lediglich darauf beschränke, meine Abstimmung zu motiviren. Die Frage zerfällt, wie schon bemerkt wurde, in zwei Theile. Es handelt sich einmal von dem Grundsatz und dann von den Modalitäten seiner Anwendung. Was den Grundsatz betrifft, so bin ich schon vor zwei Jahren in der Kammer dem Antrag beigetreten, indem ich eine solche Steuer für gerecht halte. Ich verkenne nicht die unendlichen Schwierigkeiten ihrer Ausführung und fürchte, man möchte durch die heutige Discussion nicht nur ihre Masse, sondern auch das Gewicht vermehrt haben. Meine Ansicht ist die, daß man dem Commissionsantrag, so wie er lautet, beistimme, von allen Beschränkungen oder Zusätzen aber durchaus Umgang nehmen sollte. Wir dürfen nicht fürchten, schlecht empfangen zu werden, weil wir eine Steuer mit nach Haus bringen und keine Erleichterung. Wir bringen diese Steuer nicht nach Haus. Der Antrag wird vielleicht in dem andern Hause Anklang finden und der Regierung Stoff geben, in der Zwischenzeit bis zu dem nächsten Landtage darüber zu berathen, ob und welchen Entwurf eines Gesetzes sie der Kammer vorlegen will, denn erst wenn man vernommen hat, welche Ansichten die Regierung hiebei leiten, welche Modalitäten und Ausnahmen, welche Mittel zur Erforschung des Kapitalbestandes die Regierung für nothwendig findet, werden die Mitglieder der Kammer Gelegenheit haben, alle die Bemerkungen, die von beiden Seiten mit viel Gewicht und den besten Gründen vorgebracht worden sind, zu sichten und das Bessere zu ihrer Ueberzeugung zu machen. Wenn man also wirklich den Vollzug des Antrags wünscht, so muß man sich darauf beschränken, dem Commissionsantrag pure und ohne alle Zusätze oder Verbesserungsvorschläge beizustimmen. Im Uebrigen haben die Abg. Trefurt, Gottschalk, Jungbanns, Kern und viele andere schon Dasjenige erschöpft, was ich mir zu sagen vorgenommen hatte. Ich bin ganz der Ansicht des Abg. Gottschalk, daß, wenn

wir die ärmsten Klassen unterstützen wollen, dieß viel weniger durch Verminderung des an und für sich und im Verhältniß zu anderen deutschen Staaten unbedeutenden Steueranschlags als dadurch geschehen kann, daß wir in den Bezirken, wo die Armuth aus Mangel an Aufschwung der Industrie und des Verkehrs am drückendsten ist, den Leuten Arbeit verschaffen, und der Anlaß dazu findet sich in der Ueberzahl von Petitionen, womit jeder Landtag überschwemmt wird. Durch öffentliche Arbeiten, wozu wir die Kapitalsteuer verwenden können, werden die Armen unterstützt werden und diese Steuer genießen.

Weller: Mein Antrag ist besonders von meinen Freunden vielfach angegriffen worden. Der geringste Vorwurf, den man demselben machte, war der, daß er unnöthig sey. Man hat aber demselben sogar die Absicht unterlegt, als ob ich den Commissionsantrag selbst damit beseitigen wolle. Gegen diese Angriffe muß ich mich vertheidigen. Die beste Vertheidigung habe ich bei dem Schweigen der Regierungsbank über den vorliegenden Gegenstand aus den Worten des Abg. Trefurt vernommen, indem ich gewohnt bin, da, wo die Regierungsbank schweigt, von ihm ihre Ansicht zu vernehmen. Derselbe hat gesagt, er stimme für die Kapitalsteuer nicht darum, weil er darin eine wirkliche Erleichterung der Armen finde, sondern darum, weil einmal die öffentliche Meinung dahin gehe, daß eine Kapitalsteuer die Armen erleichtern helfe und um dieser öffentlichen Meinung willen müsse man die Kapitalsteuer einführen. Wenn Dieß die Ansicht der Regierung ist und durch die Motion dieser Zweck erreicht werden solle, und wenn die Commission in ihrem guten Glauben sich herbeiließ, ihre Zustimmung zu geben, so muß ich gestehen, daß ich mich jetzt auf das Kräftigste der Motion widersetzen muß. Bei uns soll der Grundsatz nicht gelten mundus vult decipi, ergo decipiatur. Wenn die Leute auch so einfältig sind, Etwas zu glauben, was unrecht ist, so soll man diesen Glauben nicht dazu benützen, ihnen zu den bestehenden Steuern noch die Kapitalsteuer aufzuschwatzen. Was sagt man gegen meinen Antrag? Man sagt, die Kammer habe die Macht, bei späteren Gelegenheiten eine andere Steuer selbst zu streichen. Dieß machten die Abg. Mez und Helbing geltend, und der Abg. Zittel will die Kapitalsteuer neben den anderen bestehenden Steuern deßhalb, weil nur dadurch das Mittel gegeben werde, die Ansprüche der ärmeren Klassen zu befriedigen, denen auf wirksamere Weise als durch den Nachlaß einer kleinen Steuer, der nur so ganz unbedeutend helfe, unter die Arme gegriffen werden könne. Ferner hat der Abg. Zittel und auch der Abg. Junghanns gesagt, man solle die Regierung durch die heutige Abstimmung nicht beschränken, sondern ihr freie Hand lassen, uns ein Gesetz vorzulegen, wie sie es für gut finde. Ich will nicht hoffen, daß sie damit haben sagen wollen, die Regierung solle uns einen Gesetzesentwurf vorlegen, der neben anderen Steuern auch eine Kapitalsteuer enthält, und letztere nur deßhalb eingeführt werden, weil die öffentliche Meinung sich für eine Kapitalsteuer ausspreche. Es sey mir erlaubt, diese Einwürfe der Reihe nach zu widerlegen, und zwar zuvörderst den Haupteinwurf, daß es uns später frei stehe, eine andere Steuer, die wir beseitigt haben wollten, zu streichen, und man brauche deßhalb eine solche Bedingung jetzt nicht in die Adresse aufzunehmen. In der Theorie hat die Kammer allerdings diese Macht, allein ich möchte doch, wenn Dieß auch wirklich unsere Absicht ist, darum nicht unterlassen, es in der Adresse auszusprechen. Was soll die Berathung einer Motion und die Abstimmung hierüber bezwecken? Es soll der Regierung dadurch gezeigt werden, wie weit sie mit ihren Gesetzen gehen darf, um ein günstiges Resultat in der Kammer zu erwarten. Wenn wir also heute nicht Das in die Adresse setzen, was die Mehrheit der Kammer will, so täuschen wir die Regierung und eröffnen die Hoffnung auf ein Gesetz, dem wir im Voraus nicht zustimmen wollen. Dieß wäre eine Hinterlist. Damit, daß wir die Macht haben, das Gesetz zu verwerfen, tröste ich mich nicht. Wir müssen gegen die Regierung ehrlich handeln, und Dieß sind wir mit unserer Abstimmung. Der Abg. Knittel hat bei einer anderen Gelegenheit, wo er sich für eine Gesetzeseinbringung erklärte, als Motiv seiner Abstimmung angeführt, er stimme so, weil die Kammer es früher so gewollt habe; da bewegt er sich aber in einem Zirkel. Man soll die Beschränkung in die Adresse nicht setzen, damit die Regierung freie Hand habe, und wenn das Gesetz an die Kammer kommt, so würde er aus dem Grunde, weil die Beschränkung nicht in die Adresse gesetzt wurde, für das

Gesetz der Regierung stimmen. Wollen wir uns in solcher Weise an der Nase herumführen lassen? Ich habe keine Lust dazu. Alles soll in der Adresse gesagt werden, was wir wünschen. Sodann ist aber auch die Macht der Kammer etwas zweideutiger Natur. Wir haben auch die Macht, bei Berathungen der Nachweisungen zu streichen, was die Regierung überschritten hat. Die erste Kammer genehmigt aber unsern Beschluß nicht, und wenn wir die Regierung anklagen wollen, so verwirft jene Kammer auch diese Anklage, ja wir haben in dieser Beziehung nicht einmal ein vollständiges Gesetz, und so bewegen wir uns mit unserem Recht und unserer Macht, in dem Budget Etwas zu streichen, in einem Zirkel. Alles Schlechte, was von diesem Hause votirt wurde, ging gerade aus solchen, die Sache herumziehenden halben und Präservativabstimmungen hervor.

Was den Einwurf des Abgeordneten Zittel betrifft, daß man diese Steuer unbedingt einführen solle, um den Zweck auf andere Weise zu erreichen, und die Armen kräftiger zu unterstützen, als es durch Steuernachlässe geschehen könne, so möchte ich denselben doch fragen, ob er denn glaubt, daß er es in der Hand habe, wenn einmal die 200,000 fl. Kapitalsteuer in den Strom unseres jährlichen Budgets von 16 Millionen geflossen sind, wieder dem Zweck zuzuleiten, den er im Auge hat? Wenn durch die Kapitalsteuer ein besonderer wohlthätiger Zweck erreicht werden soll, so darf sie nicht in das allgemeine Budget hineingeworfen, sondern muß für diesen besondern Zweck aufbewahrt werden. Ich fürchte sogar, daß, wenn wir das Budget um 200,000 fl. erhöhen, der Militäretat und die oft verlangten Besoldungszulagen für die armen Staatsdiener so viel davon verschlingen werden, daß für unsere Armen im Lande sehr wenig übrig bleibt. Verwerfen Sie deßhalb meinen Antrag nicht. Die Regierung wird nicht den Gewaltstreich üben, eine Kapitalsteuer zu erheben, die nicht von hier aus votirt ist, allein ich prophezeie Ihnen, daß, wenn wir sie einmal votirt haben und nicht eine Steuer, die wir gestrichen haben wollen, mitstreichen, wir nicht so leicht die Macht haben werden, jene 200,000 fl. an einer anderen Steuer zu sparen. Sprechen Sie heute aus, was Sie wollen; erfüllen Sie nur die Pflicht gegen das Land und die Regierung, denen Sie zeigen müssen, was sie verlangen, und täuschen Sie sich nicht selbst, indem Sie dem Commissionsantrag zustimmen.

Dennig: Ich unterstütze den Commissionsantrag und werde dabei besonders von der Ueberzeugung geleitet, daß die Steuer, wenn sie auch zunächst noch gering und wenig geeignet ist, die ärmeren Klassen zu erleichtern, doch der Anfang und der Uebergang zu einem anderen und gerechten Steuersystem, zur Einführung einer Vermögens- oder Einkommenssteuer seyn wird.

Mez: Ein Mitglied hat sich darüber gewundert, daß man ein Wort hier aussprach, das ich nicht wiederholen will, um kein unangenehmes Gefühl zu erwecken. Ich selbst habe solches auch nicht zu verantworten, indem ein anderes Mitglied es hierher brachte; ich verstehe es aber in dem Sinne, wie es die alten Christen verstanden, in dem Sinne gegenseitiger brüderlicher Hilfsleistung und Unterstützung. Dagegen habe auch ich mich über ein anderes Wort gewundert, das man heute zum erstenmal in den Saal brachte, nämlich das Wort Armenpflege. Der Zustand des Landes ist gegenwärtig noch Gott Lob so, daß man von Armengesetzen oder einer öffentlichen gesetzlich geregelten Armenpflege nicht sprechen kann. Was mich am meisten veranlaßt und immer veranlassen wird, dergleichen Motionen zu unterstützen, ist die Betrachtung, daß wir hierdurch der Creirung von Armengesetzen und Armenpflegen vorbeugen.

Bassermann: Der Abg. Goll allein hat den Antrag auf Tagesordnung gestellt. Derselbe wird vielleicht noch von dem Präsidenten des Finanzministeriums unterstützt, der wenigstens damals, als ich zum erstenmal auf Kapitalsteuer antrug, erklärte, er werde seiner Zeit zeigen, daß alle dafür angeführten Gründe auf Nichts beruhen. Wir haben diese Ausführung bis jetzt vermißt, und der Hr. Regierungscommissär gibt vielleicht noch dem Hrn. Berichterstatter Gelegenheit, seine Gegengründe noch zu widerlegen. Im Uebrigen bedaure ich, daß der Abg. Goll bei dieser Gelegenheit sich erlaubte, von Familienverhältnissen zu sprechen. Er will Kapitalsteuer nicht, und sagt mit anderen Worten: ihr könnt von euren Kapitalien den Gebrauch machen, von dem ihr wollt, daß ihn die Kammer beschließt. Es handelt sich aber hier nicht um die Frage, was für einen Gebrauch eine einzelne Familie von ihren Kapitalien macht, sondern es ist die Frage von einer allgemein zu

beschließenden Maßregel, und ich kann füglich an Ihr Gefühl der Schicklichkeit appelliren, ob Sie es nicht Alle verletzt hat, als Sie hörten, daß ein Abgeordneter hier in diesem Saale einer einzigen Familie einen Wink geben wollte, was sie mit ihren Kapitalien zu thun habe. Das ist wenigstens unschicklich, und ich bin überzeugt, daß, wenn der Abg. Goll sich nur einigermaßen fragt, ob er recht gehandelt und ob er nicht vielmehr wohl daran gethan hätte, vorher auch zu fragen, welchen Gebrauch diese Familie von ihren Kapitalien macht, er sich, falls er auch nur seinen Verstand zu Rathe ziehen will, bald selbst wird gestehen müssen, es sey unschicklich, unparlamentarisch und unwürdig, Familienverhältnisse in diesem Saale zu berühren.

Ich erlaube mir nun nur noch einen Einwand des Abg. Zittel zu beleuchten, der ihn abhält, für den Antrag des Abg. Weller zu stimmen. Der Hr. Abgeordnete ging in seinem sonst lobenswerthen Eifer für die Besserstellung der ärmeren Klassen so weit, daß er Denjenigen, die den Antrag des Abg. Weller unterstützen, gar die Absicht unterlegt, die Kapitalsteuer fallen machen zu wollen. Ich weiß nicht, ob er erwogen hat, daß er damit so weit kommt, diese Absicht selbst Demjenigen zuzutrauen, der zunächst diesen Antrag stellte. Indessen gebe ich zu, daß jener Antrag möglicher Weise die Einführung der Kapitalsteuer verhindern kann. Zwar will ich hoffen, daß die erste Kammer von ihrer früheren Ansicht zurückkommt, allein das Gegentheil ist auch zu erwarten. Ich erkläre aber freimüthig, daß ich die Kapitalsteuer lieber gar nicht haben, als durch sie bloß eine Vermehrung unserer Steuern herbeiführen möchte. Sodann scheint auch der Hr. Abgeordnete in einem Irrthum befangen zu seyn, den Viele mit ihm theilen. Er sieht nämlich nur einen Gegensatz von angehäuften Reichthümern und drückender Armuth. Wenn er aber die Begründung der Motion durchgehen und die Württembergische Kapitalsteuer betrachten will, auf die wir uns berufen haben, so wird er leicht ermessen, daß es sich hier auch darum handelt, alle die Kapitale bis zu einem Minimum, und meines Erachtens bis zu 3000 fl. herab zu besteuern. Der Abg. Zittel denkt sich nun eine Wittwe mit herangewachsenen Kindern, die ausgebildet seyn wollen, deren Ernährer gestorben ist, und die nun von einem Kapital von 5000 oder auch von 10,000 fl. leben sollen. Diese Wittwe hat schon jetzt bei unserer bestehenden Steuergesetzgebung mit Sorgen und Angst zu kämpfen, um die Bedürfnisse der heranwachsenden Familienglieder zu bestreiten und ihnen eine würdige Erziehung zu geben. Nun soll aber, meint man, die Zahl solcher Familien zu den bestehenden Steuern, wozu sie beitragen, mag Dieß nun in directer oder indirecter Weise geschehen, nun auch noch die neue Steuer zahlen, ohne daß eine Erleichterung auf der anderen Seite eintritt. Das will ich jedoch nicht, und lieber möchte ich dann gar keine Kapitalsteuer. Wenn also auch die Folge eintreten sollte, worauf uns der Abg. Zittel aufmerksam macht, ich sehe ihr getrost entgegen, und Jeder mag uns dann Absichten unterlegen, welche er will.

Präsident: Ich hätte allerdings gewünscht, daß ein Witz, der eine Persönlichkeit enthielt, nicht hierher gebracht worden wäre. Ferner hätte ich aber auch gewünscht, daß ein anderes Mitglied nicht die Gesinnungen oder Motive seiner Collegen verdächtigt hätte. Das ist auch nicht der rechte Weg.

Goll: Ueber das Schicklichkeitsgefühl will ich mich mit dem Abg. Bassermann in keine weitere Discussion einlassen. Jedenfalls wollte ich die Schicklichkeit nicht verletzen. Ich kenne den Abg. Bassermann als einen Mann, der die Freiheit liebt, als einen Feind jeden Zwanges. Wenn ich also im Laufe der Discussion Denjenigen, die durch Glücksgüter reichlich bedacht sind, Gelegenheit gegeben oder das Mittel angedeutet habe, den Weg einzuschlagen, den sie ohne Mitwirkung der Regierung betreten können, so glaube ich mich nicht so entsetzlich gegen die Schicklichkeit verfehlt zu haben, als man mir vorgeworfen hat.

Bassermann: Ich appellire lediglich an die Kammer.

Staatsrath Regenauer: Ich sehe mich durch den Aufruf zweier Mitglieder beinahe genöthigt, an der Discussion Theil zu nehmen. Der Hr. Abg. Weller macht der Regierungsbank ihr bisheriges Schweigen gewissermaßen zum Vorwurf, und tröstet sich damit, daß der Hr. Abg. Trefurt beiläufig Das gesagt haben werde, was von ihr zu sagen seyn würde. Dieses verehrliche Mitglied hat in der That auch Einzelnes hervorgehoben,

was vielleicht auch von unserer Seite hätte hervorgehoben werden können. Aber nicht bloß der Hr. Abg. Trefurt, nein, auch der ehrenwerthe Redner, der der Regierungsbank ihr Schweigen vorgeworfen, hat heute die Stelle der Regierung in ein und anderer Hinsicht kräftig vertreten. Das andere Mitglied, das mich zum Sprechen nöthigt, der Hr. Abg. Bassermann nämlich, hat bemerkt, es werde wohl von Seiten des Präsidenten des Finanzministeriums der Antrag auf Tagesordnung unterstützt werden, den der Hr. Abg. Goll gestellt hat. Hierauf erwidere ich, daß ich zur Zeit nicht veranlaßt bin, diesen Antrag unmittelbar zu unterstützen. Der Hr. Abg. Bassermann hat auf eine frühere Aeußerung von mir Bezug genommen, sich aber dabei nicht erinnert, daß auf diese Aeußerung eine umfassende Discussion gefolgt ist. Allerdings habe ich, als der Hr. Abgeordnete seine Motion begründete, bemerkt, daß Manches von Dem, was da gesagt ist, in Nichts zerfalle, und Dieß leicht würde nachgewiesen werden können. Ich glaube aber auch, von meinem damaligen Abgeordnetensitze aus die Nachweisung geliefert und die Gründe, die in dem früheren Commissionsbericht zur Unterstützung des Antrags über Einführung einer Kapitalsteuer vorgetragen wurden, überzeugend widerlegt zu haben. Bei mir bestehen auch jetzt noch gar manche Bedenken gegen die Kapitalsteuer, und ich kann mir diese Bedenken nicht so leicht wegdemonstriren, wie es von verschiedenen Mitgliedern hier geschehen ist; ich kann sie auch nicht so vornehm auf die Seite legen, wie Dieß die Commission gethan hat. Allein ich darf jetzt nicht übersehen, daß die Stellung auf dieser Bank eine ganz andere ist, als die Stellung in Ihren Reihen. Wenn der Regierungscommissär an der heutigen Discussion wenig oder gar keinen Theil nimmt, so dürfen Sie ihm Dieß nicht verargen. Er verdient deßhalb Ihren Dank und Ihre Anerkennung. Die Regierung will bei der heutigen Berathung in keiner Weise einwirken; sie will die Ansichten der Vertreter des Volkes vernehmen und auf die Aeußerung dieser Ansichten keinen Einfluß üben. Die Regierung wird, wenn Sie eine Adresse votiren und diese Adresse in dem andern Hause Anerkennung findet, es sich zur Pflicht machen, gewissenhaft zu prüfen, ob Das, was Sie in Vorschlag gebracht haben, dem Interesse des Staats wirklich förderlich sey. Unter diesen Umständen wäre es gewiß unpassend, zum Voraus mit Bedenklichkeiten entgegenzutreten; es wäre Dieß um so unpassender, als, welche Ansichten man auch in der Sache selbst haben mag, die lobenswerthen Motive, die dem Antrag zu Grunde liegen, immerhin anerkannt werden müssen.

Wenn bei dieser Gelegenheit mehrfach von der steigenden Armuth, von Irrthümern in unserem Steuersystem, ja von einer Grundverwirrung im Steuerwesen, und endlich von einer theilweisen oder totalen Reform die Rede war, so ist es wohl nicht an der Zeit, näher darauf einzugehen. Die Bemerkung wegen einer Grundverwirrung im Steuerwesen mag sich ohnehin nicht auf Baden, sondern auf andere Staaten bezogen haben, wie ich sie denn auch nicht mit irgend einer Bemängelung unseres badischen Steuersystems habe motiviren hören. Die Aeußerung des Hrn. Abg. Gottschalk, in Beziehung auf Reform, ging wenigstens von einem praktischen Standpunkte aus, und er hat Manches bemerkt, was Anerkennung verdient. Ich glaube auch, daß man nach dreißig Jahren der Einführung und nach längerer Zeit der ersten Verkündung unserer Steuergesetze allerdings in der Lage ist, sich die Frage vorzulegen, ob und welche Aenderungen stattfinden sollten. Die Regierung hat in dieser Hinsicht Ihren Mahnruf nicht abgewartet, sie hat sich die Frage mehrfach selbst vorgelegt, und wenn noch keine Spur ihres Wirkens an Sie gekommen ist, so dürfen Sie daraus nicht folgern, daß man unthätig gewesen sey. Was insbesondere die Katastervermessung betrifft, so ist von der Regierung die Frage des Bedürfnisses im Allgemeinen schon angeregt. Man hat sich nach der Gesetzgebung benachbarter Staaten umgesehen, und der nächsten Zeit, die uns Muße bringt, wird es wohl vorbehalten seyn, in dieser so wichtigen Sache weiter zu schreiten. Die Bemerkungen des Hrn. Abg. Gottschalk in Beziehung auf die Lage der Armen und des Mittelstandes kann ich im Allgemeinen nur theilen. Es wäre gewiß ungerecht gegen unser Steuersystem, wenn man ihm den Vorwurf machen wollte, daß es die ärmeren Klassen der Staatsangehörigen hart besteuert. Das ist der Fall nicht. Wenn die öffentlichen Lasten da oder dort schwer drücken, so ist Dieß zuverläßig bei der unteren Klasse des Mittelstandes mehr der Fall, als bei den Armen. Es ist aber,

wie nicht zu läugnen, nicht die Staatssteuer, die den Druck veranlaßt, sondern es sind Dieß die Gemeindeumlagen, die nach demselben Steuerfuß, und gar nicht selten in weit höherem Maße repartirt werden. Darin liegt vielleicht ein Fehler, den wir für die Zukunft beseitigen müssen. Noch einmal also, die Regierung hat meiner Ansicht nach vorerst das Votum beider Kammern zu erwarten, dieses Votum wird und muß für sie eine Aufforderung seyn, den Gegenstand gewissenhaft zu prüfen. Wenigstens dürfen Sie mindestens überzeugt seyn, daß, wenn wir auf dem nächsten Landtage, vor welchem von Einführung einer neuen Steuer ja ohnehin nicht die Rede seyn könnte, wieder mit Ihnen zusammentreten, alsdann die Gründe für und wider auf das Umfassendste und Unbefangenste werden dargelegt werden.

Bader: Ich erkläre bloß, daß ich für den Commissionsantrag stimme. Zwar gehe ich auch von der Ansicht des Abg. Weller aus, daß die einzuführende Kapitalsteuer den ärmeren Klassen auf irgend eine Weise zu Statten kommen solle, allein es ist nicht nothwendig, jetzt schon diese Bedingung an den zu stellenden Antrag zu knüpfen.

Knittel begehrt das Wort, um auf einen persönlichen Vorwurf zu antworten.

Als jedoch der Redner nicht zum Wort kommen kann, bemerkt derselbe: wenn ihm die Kammer das Wort nicht gebe, so beschränke er sich auf die Erklärung, daß der ihm gemachte Vorwurf ein ganz ungegründeter sey.

Präsident: In Beziehung auf eine Aeußerung des Abg. Trefurt habe ich selbst bereits eine Bemerkung gemacht und den Wunsch ausgesprochen, daß dieselbe nicht vorgekommen seyn möchte.

Trefurt: Ich fand mich nicht bewogen, dem Abg. Weller Etwas zu erwidern. Nachdem aber der Hr. Präsident einen Ordnungsruf hat ergehen lassen, so muß ich doch den Hrn. Abgeordneten dagegen in Schutz nehmen. Ich glaube nicht, daß er mir vorwerfen wollte, ich betrüge die Welt, weil sie betrogen seyn wolle, ja ich denke nicht daran, daß der Abg. Weller nur so Etwas hat sagen wollen. Weil er aber doch das Wort ergriffen hat, um seinen Antrag, gegenüber von jenem der Commission zu vertheidigen und auszuführen suchte, daß er zu zeigen beabsichtige, daß man nicht täuschen und betrügen wolle, so will ich ihm nur die Versicherung geben, daß ich nicht daran denke, es habe der Abg. Weller und alle Diejenigen, die ihn unterstützen, die Absicht zu täuschen, oder wie ihnen vorgeworfen wurde, den Antrag überhaupt fallen zu machen, dadurch, daß man eine solche Bedingung an ihn knüpft. Der Redner führt noch aus, daß keine Gefahr vorhanden sey, daß in Folge des Antrags der Commission die Bürger des Landes irgend mehr Steuern zahlen als nothwendig ist, da auf jedem Landtag mit der Regierung verabredet wird, wie viel Kreuzer Steuer erhoben werden solle, und da die Regierung nie mehr erheben könne, als die Kammer bewilligt habe.

Buss: Auch mir sey nur noch ein Wort auf einen Vorwurf gestattet. Ich habe allerdings von der Nothwendigkeit eines Armengesetzes gesprochen, allein damit wollte ich nicht das Ansinnen an die Regierung stellen, Anstalten zu Fütterung von Müssiggängern zu gründen, sondern ich hatte ein Armengesetz im Auge, wie im Jahr 1817 in Württemberg eines gegeben wurde. Die Aermsten werden bei uns allerdings nicht vernachlässigt, allein die Gemeinden sind hierdurch hart gedrückt. Man hat von Poesie gesprochen, die durch übermäßige Entwicklung des Fabrikwesens sich an den Tag lege. Man lese aber nur die reports über die Fabriken in England. Dort ist von Poesie nichts zu finden, und die Farben sind nicht mit Uebertreibung aufgetragen.

Mehrere Mitglieder machen den Redner darauf aufmerksam, daß hier Mißverständnisse obwalteten.

Der Präsident schließt hierauf die Discussion und gibt noch dem Berichterstatter

Mathy das Wort, welcher äußert: Nachdem 27 Redner, worunter 6 zweimal, gesprochen, hat sich für mich Eines herausgestellt, nämlich die Richtigkeit der im Bericht niedergelegten Bemerkung, daß, wenn es sich um Steuerfragen handelt, es nicht schwer ist, eine Einigkeit im Princip zu finden, sehr schwer aber, dieselbe hervorzubringen, sobald man auf Einzelnheiten eingeht. Im Princip habe ich die Kapitalsteuer häufig nicht bekämpfen hören. Man hat nicht behauptet, daß sie verwerflich, oder daß sie ungerecht sey. Dagegen hörte ich verschiedene Gruppen von Rednern, von denen die Einen glaubten, man werde die Kapitalsteuer später brauchen und solle

deßhalb nicht jetzt schon dazu greifen; Andere glaubten, man könne sie jetzt schon brauchen, denn es gebe Ausgaben die höchst nützlich wären, die man aber jetzt aus Mangel an Mitteln nicht machen könne; wieder Andere waren der Meinung, man müsse die Kapitalsteuer jetzt schon haben, um eine andere, weniger zweckmäßige Steuer erleichtern zu können, und man müsse damit einen, wenn auch kleinen Schritt zu einer gleichförmigen Vertheilung der Staatslasten thun.

Die letztere Ansicht ist die der Commission, wenn sie auch gleich nicht die Bedingung einer gleichzeitigen anderweitigen Erleichterung in den Antrag aufgenommen hat. Sie glaubte, daß eine Kammer nicht um Einführung einer neuen Steuer, wenn nicht zum Zweck einer gerechten Ausgleichung, bitten sollte. Sie war aber der Meinung, daß dieser Zweck auch dann erreicht werden könne, wenn sich später ein höherer Steuerbedarf, der eine anderweitige Deckung sucht, sich herausstellte. Würde z. B., wie der Abg. Dörr in Antrag bringt, die Flußbausteuer aufgehoben, was nach Einführung der Kapitalsteuer sehr wohl geschehen könnte, so folgt daraus nicht, daß, wenn später ein höherer Steuerbedarf sich ergibt, die Flußbausteuer wieder eingeführt würde. Sie bliebe, wenn man sie als ungerecht erkennte, auch für die Zukunft abgeschafft und man würde den Steuerbedarf da aufbringen, wo er am leichtesten und mit dem größten Recht aufgebracht werden kann.

Die Commission hat auch nicht das gegenwärtige Steuersystem in irgend einer Weise angegriffen. Man kann es nach meiner Ansicht im Allgemeinen weder hart noch mild nennen. Es kommt auf die Einzelnen an, die davon getroffen werden, und solche Einzelne gibt es, die von unserem Steuerwesen sehr hart, während Andere lange nicht genug davon getroffen werden. Angenommen, die Wittwe eines Handwerkers, die das Geschäft ihres Mannes treibt, kommt zu der Gewerbesteuerdeputation und bittet wegen Mangel an Arbeit um Herabsetzung der Steuer. Da wird man ihr sagen, das Gesetz erlaubt nur dann wegen Mangel an Arbeit herabzugehen, wenn der Meister keinen Gehülfen hat; da du aber einen Gesellen hast, so kannst du in der Steuer nicht herabgesetzt werden. Diese Frau muß jedoch nothwendig einen Gesellen haben, da sie das Handwerk nicht selbst treiben kann, und es wird somit dieselbe sehr unbillig behandelt. Anderer Seits denke ich mir dann wieder den Chef einer großen Ellenwaarenhandlung oder auch einen Banquier, der über 65 Jahre alt und daher von der Versteuerung des persönlichen Verdienstkapitals befreit ist. Er ist aber ein rüstiger Greis und hat sich nicht nur selbst gesund erhalten, sondern auch noch drei erwachsene Söhne, die unter seiner Leitung das Geschäft trefflich betreiben. Gleichwohl ist hier der gesetzliche Grund vorhanden und dieser Mann ist frei von der Versteuerung des persönlichen Steuerkapitals. Aehnliche Uebelstände könnte man noch mehrere anführen, allein daran fehlt es keiner Steuergesetzgebung, man mag einführen oder beibehalten, welche man will. Hier handelt es sich aber darum, so weit es geschehen kann, gerecht zu seyn, und wo sich ein Fehler zeigt, nachzuhelfen. Obgleich nun die Commission aufrichtig wünscht, daß eine Kapitalsteuer zum Behuf einer, wenn auch nur in geringem Maßstabe gerechten Vertheilung der Staatslasten eingeführt werde, so hat sie dennoch die Bedingung weggelassen. Ich erinnere mich nämlich an die Abstimmung vor zwei Jahren. Nachdem der Ausspruch der Kammer mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen für den Antrag ausfiel, erklärte ein Mitglied, das jetzt nicht mehr in der Kammer sitzt, er und andere würden für den Antrag gestimmt haben, wenn nicht die Bedingung einer gleichzeitigen Herabsetzung einer anderen Steuer daran geknüpft wäre. Ein anderes Mitglied trat dieser Erklärung bei, und es schien, daß die Mehrheit viel größer ausgefallen wäre, wenn der Antrag einfach gelautet. Wir bezwecken also durch die Weglassung der Bedingung einer gleichzeitigen anderweitigen Steuererleichterung zuvörderst eine größere Mehrheit in diesem und dann die Wahrscheinlichkeit eines besseren Erfolgs im andern Hause.

Jetzt scheint sich aber die Sache fast umgekehrt zu gestalten. Jetzt haben wir dem damaligen Wunsche entsprochen, nämlich die Bedingung weggelassen, und nun wird gesagt, ohne diese Bedingung nehme man den Antrag nicht an. Was wird wohl die nächste Folge seyn, wenn man den Antrag wieder mit jener Bedingung annimmt? Keine andere als die Verwerfung in der ersten Kammer, und dann kommen Sie gar nicht in die Lage, über eine gerechte Vertheilung der Staatslasten durch Ein-

führung einer Kapitalsteuer sich nur aussprechen zu können, denn es wird Ihnen das Gesetz darüber nicht vorgelegt werden, und so haben Sie sich schon von vorn herein den Weg zu Dem, was Sie wollen, abgeschnitten. Ich weiß wohl, daß es, woran auch der Herr Präsident zu erinnern Anlaß fand, nicht schicklich ist, irgend eine Absicht zu unterlegen. Es gibt aber Fälle, wo man sich dessen kaum enthalten kann, und auch Niemand dadurch zu nahe treten will, wenn man sagt, du hast diesen oder jenen Antrag aus diesem oder jenem Grunde gestellt. So kann ich nun in dem vorliegenden Fall nicht umhin zu glauben, daß Mehrere von Denjenigen, die für die Aufnahme der Bedingung sprachen, es darum thaten, weil sie die Kapitalsteuer nicht wollten. Ich weiß, daß Gegner der Kapitalsteuer unter Denjenigen sind, die heute unter einer Bedingung dafür stimmen wollen, woran die Sache scheitern würde. Diesen Vorwurf kann man allerdings mehreren Rednern nicht machen, wie z. B. dem Abg. Goll, der geradezu die Kapitalsteuer nicht will, und deßhalb auf Tagesordnung anträgt, nicht dem Abg. Kern, welcher sagt, daß man die Kapitalsteuer für die Zeit der Noth aufbewahren solle, und auch Denjenigen nicht, die geradezu erklären, wir wollen die Kapitalsteuer, auch wenn keine Ausgleichung stattfindet, denn sie ist gerecht und ergänzt unser Steuersystem, indem sie das einzige, noch freigebliebene Einkommen herbeizieht, und zu ihrer Verwendung fehlt es nicht an Gelegenheit, wodurch wieder die gedrückten Klassen des Volks erleichtert werden. Denn es läßt sich recht gut denken, daß die Kapitalsteuer, auch wenn nicht unmittelbar eine andere Steuer herabgesetzt wird, doch selbst als Steuer für Erleichterung der gedrückten Klassen wirkt. Nehmen wir z. B. an, es werde endlich der Wunsch mehrerer Regierungen und Kammern erhört, nämlich den beiden wichtigen Zweigen der deutschen Industrie ein mäßiger Schutz gewährt, den andere Industriezweige im Uebermaß haben, und angenommen ferner, es folge daraus ein Ausfall in den Zollrevenüen, so hätten wir nicht nothwendig, uns nach Erhöhung irgend einer Steuer umzusehen, wenn eine Kapitalsteuer da wäre, und durch ihren Ertrag jener Ausfall gedeckt werden könnte. Diejenigen Mitglieder, die gegen den Commissionsantrag gesprochen, haben dreierlei Vorschläge gemacht, wobei sie bewußt oder unbewußt den Vorschlag der Commission dennoch vertheidigten. Einige haben ein Schreckbild vor den Folgen der Kapitalsteuer aufgestellt, und der Herr Abgeordnete von Offenburg hat unter dem Gesang der Mohren bei dem Glockenspiel des Papageno des ungünstigen Anlehens in Württemberg und des bayerischen Zahlenlottos erwähnt, wie wenn wir alles Dieses erhalten würden, sobald die Kapitalisten unmittelbar zu den Staatslasten beitragen. Mit dem bayerischen Zahlenlotto hat es eine eigene Bewandniß. Hätte die bayerische Kammer das Recht indirecte Steuern zu bewilligen, so würde sie dieses Lotto gestrichen haben, allein dort besteht der Grundsatz, daß die indirecten Steuern auf Gesetzen beruhen, und eine Abänderung derselben kann nur im Wege der Gesetzgebung und nicht durch einen Strich im Budget bewirkt werden. Andere Mitglieder haben die Vermögenssteuer vorgeschlagen, und damit einen Sprung in Antrag gebracht — den man übrigens nicht machen wird — damit der Schritt, der geschehen könnte, unterbleibe.

Ich bin in der Theorie damit einverstanden, daß nicht eine Einkommenssteuer oder Vermögenssteuer, sondern eine combinirte Vermögens- und Einkommenssteuer das gerechte wäre. Das Einkommen fließt aus Vermögen oder aus Erwerb, und es soll nicht bloß das Eine oder das Andere, sondern beides beigezogen werden. Wer aber die Kunst besitzt, auf dem Wege der Fassionen der Einzelnen, wenn auch mit Nothhelf von Controlmaßregeln, die Summen aufzubringen, die gegenwärtig für den öffentlichen Bedarf nothwendig sind, den will ich als den größten Meister in der Steuerkunst verehren. So lange übrigens unsere Staatsbürger nicht gewöhnt sind, sich als Glieder eines großen Ganzen zu betrachten, an dessen Vortheile sie so gut Theil nehmen, wenn sie auch die Lasten mittragen, so lange ein Vorurtheil so allgemein ist, daß der einzelne Bürger dem Staat gegenüber nichts weiter sey als eine Sache, die von der Polizei und dem Fiscus ausgebeutet werde, werden wir auf einen erklecklichen Ertrag der Einkommensteuer nicht rechnen dürfen. Es setzt Dieß ein mehr entwickeltes freies Bürgerthum und freie Institutionen voraus. Wo diese sind, kann man auch streng gegen Diejenigen verfahren, die die Steuervorschriften verletzen, wie man z. B. im alten

Rom Denjenigen, der sein Vermögen nicht fatirte, mit Ruthen hauen und als Sclaven verkaufen ließ. Es geht deßhalb dieser Antrag etwas zu weit und er würde jedenfalls erst dann zweckmäßig seyn, wenn die Kapitalisten zu einem unmittelbaren Beitrag angehalten würden. Ich weiß zwar nicht recht, ob Diejenigen, die die Einkommens- und Vermögenssteuer vorgeschlagen haben, dieselbe als eigentliche Steuer wollen, oder ob sie wünschen, daß die anderen Steuern daneben bestehen. Ich setze das Letztere voraus, denn das Erstere ist unter unseren Verhältnissen fast unmöglich. Wollen Sie nun aber auch die anderen Steuern beibehalten, so müssen Sie dafür sorgen, daß nicht die einzelne Lücke in Beziehung auf die Besteuerung der Zinsrente bestehen bleibt, und wenn Sie dann die Kapitalisten hinsichtlich der Besteuerung den übrigen Staatsbürgern gleichgestellt haben, so müssen Sie einen Vorschlag zur weiteren Ausbildung dieses Systems durch eine Einkommens- oder Vermögenssteuer machen. Ich komme nun auf die Bemerkung zurück, die der Abg. Weller seinem Antrag beifügte, indem er sagte, die Kammer würde, wenn sie den Commissionsantrag so einfach annehme, ein Vertrauensvotum aussprechen, zu dem er sich nicht veranlaßt sehe. Was spricht aber die Kammer aus, wenn sie den Antrag mit dem Zusatz annimmt? Alsdann spricht sie das Vertrauen aus, die Regierung werde ein Gesetz an uns bringen, mit gleichzeitiger Vorlage eines Vorschlags zur Erleichterung einer andern Steuer. Ich kann Dieß in dem Sinne, den das Vertrauensvotum allein haben kann, für nichts anderes, denn als ein solches Vertrauensvotum ansehen, das ebenfalls getäuscht werden könnte. Die Vertheidigung des Antrags des Abg. Weller war geradezu eine Gegenrede gegen die Einführung einer Kapitalsteuer. Er hat gesagt, man solle sich hüten, neue Steuern einzuführen, an die alten sei man gewöhnt, und Aenderungen daran seyen mißlich, denn jede neue Steuer habe Unannehmlichkeiten im Gefolge. Gleichwohl hat der Abg Weller eine Reihe von bestehenden Steuern für den Fall der Einführung der Kapitalsteuer zur Aufhebung angemeldet, nämlich die Bieraccise, die Fleischaccise und Liegenschaftsaccise, und wenn man die Beträge derselben alle zusammen zählt, so soll mehr als eine Million von Steuern aufgehoben werden, wenn man einmal 150,000 fl. weiter umlegt. Jede der genannten Steuern beträgt mehr als die Kapitalsteuer betragen wird, ausgenommen die Flußbausteuer, oder wenn man von der Liegenschaftsaccise einen Theil aufheben oder von der Weinaccise die Privaten befreien wollte, so könnte von einer Ausgleichung die Rede seyn. Der Abg. Weller hat ferner auf die dreißig Friedensjahre hingewiesen, nach deren Umlauf es wohl etwas Arges wäre, eine neue Steuer in Vorschlag bringen zu wollen. Während diesen dreißig Friedensjahren ist aber auch schon eine neue Steuer eingeführt und alte sind aufgehoben worden. Eingeführt wurde die Klassensteuer, eine progressive Einkommenssteuer, bei der bloß die Kapitale vergessen worden sind, denn zu der Klassensteuer gehört auch das Einkommen an Zinsen beigezogen, wie man denn auch in Württemberg gleichzeitig mit der Einführung der Besoldungs- oder Klassensteuer die Kapitalsteuer einführte. Es sind aber auch mehrere Abgaben aufgehoben oder ermäßigt worden, indem ich z. B. nur an die verschiedenen Accisgattungen von Oel, Tabak, Früchte ꝛc. erinnern will. Es läßt sich somit nicht sagen, daß in dreißig Friedensjahren an den bestehenden Steuern nichts geändert worden sey. Abgesehen übrigens davon, so hat auch der Frieden seine Bedürfnisse und wohl dem Lande, wenn sie größer werden und doch befriedigt werden können, und der Ertrag von neuen Steuern verwendet werden kann für die Bedürfnisse des Friedens. Warum will man nur in den Zeiten der Noth und unter den Zerstörungen des Kriegs Mittel herbeischaffen und warum nicht auch für die segensreichen Werke des Friedens? Die Zeit ist nicht weit hinter uns, wo für außerordentliche Ausgaben die Summe von 5 bis 600,000 fl. als dasjenige Maß bezeichnet wurde, das nachhaltig und ohne schädlichen Einfluß auf die Lage der Finanzen verwendet werden könne. Betrachten Sie nun aber das neue außerordentliche Budget, so werden Sie 1,500,000 fl. vorgeschlagen finden, und dabei mußte noch manche dringende und nothwendige oder höchst nützliche Verwendung auf spätere Zeiten hinausgewiesen werden. Die dreißig Friedensjahre sind also kein Grund, keinen Schritt zu thun zu einer gerechten Vertheilung der Steuern oder zu der Möglichkeit, den Steuerbedarf auf weniger ungerechte Weise, als es nach der bisherigen Art geschehen konnte, zu erheben. Es ist nun außerdem noch von

Vielem gesprochen worden, was auch nur entfernt mit der vorliegenden Frage in Verbindung gebracht werden konnte. Man hat von Socialismus und Communismus gesprochen und gestritten, welcher von beiden dem andern vorzuziehen sey. Ich meiner Seits halte die socialen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, durch vereinte Kräfte Gutes zu erreichen, was man vereinzelt nicht erreichen kann, für sehr lobenswerth, und ich glaube nicht, daß sie eine bedenkliche Rolle spielen werden, wenn ich auf die Erscheinungen unserer Zeit hinsehe. Jeder Gemeindebackofen, jeder Verein von Handwerkern oder Künstlern, jeder Verein zur Unterstützung der ärmeren Klassen, sogar jeder Sängerverein ist social, und es handelt sich nur um die Frage, ob nicht mit der Zeit in alle diese vereinigte Bestrebungen eine Organisation wird gebracht werden können. Ueber die Geldmacht auf der einen Seite und die Armenpflege auf der andern Seite will ich nicht viel Worte verlieren. Wir haben schon gehört, daß es mit der Armenpflege nicht darauf abgesehen sey, Müssiggänger mit Klostersuppen zu füttern, und auf der andern Seite haben wir vernommen, daß der Schutz der Industrie ein Mittel ist, Arbeit zu verschaffen — die beste Armenpflege, die zugleich die Armen intelligent macht, während sie in der andern Weise verdummen würden. Ich glaube vorschlagen zu müssen, bei dem Commissionsantrag stehen zu bleiben, und man muß Dieß, wenn man wirklich wünscht, daß man einmal in die Lage kommen möge, darüber zu berathen, ob jetzt schon oder später eine Kapitalsteuer zweckmäßig sey. Tritt man dem Commissionsantrag nicht bei, so wird man weder heute noch in der nächsten Zukunft im Stande seyn, dieß mit einiger Aussicht auf Erfolg thun zu können.

Der Präsident schreitet nunmehr zur Abstimmung, nachdem er der Kammer noch vorher die von den verschiedenen Mitgliedern gestellten Anträge vorlegt.

Dieselben werden jedoch verworfen, der Commissionsantrag dagegen angenommen, und auf die Frage des Präsidenten weiter beschlossen, nach dem Antrag des Abg. Jungbanns, zugleich in der Adresse auszusprechen, daß nach Einführung der Kapitalsteuer eine andere Steuer aufgehoben, und falls Dieß die Kammer und die Regierung nicht möglich finden, ein etwaiger erhöhter Staatsbedarf nicht durch Erhöhung der Grundsteuer oder anderer bestehender Abgaben bestritten, sondern zu diesem Zweck die Kapitalsteuer benützt werden solle.

Die der ersten Kammer mitgetheilte Adresse ist in der

Beilage Nr. 2

enthalten.

Da Niemand weiter in Beziehung auf diesen Gegenstand das Wort begehrt, so schließt der Präsident die Sitzung, indem er zugleich die Tagesordnung für die nächste verkündigt.

Zur Beurkundung:
Der Präsident
Mittermaier.

Der Secretär
Mez.

Beilage Nr. 2 zum Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 23. Juni 1846.

Durchlauchtigster Großherzog! Gnädigster Fürst und Herr!

Durch die von einem Mitgliede in der 13. öffentlichen Sitzung vom 27. Mai 1846 begründete Motion auf Einführung einer Kapitalsteuer ist die zweite Kammer veranlaßt worden, die Frage zu berathen, ob eine Kapitalsteuer gerecht, ob sie ausführbar, und ob sie zeitgemäß sey.

Nach erfolgter Berichterstattung und gepflogener Berathung in der 22. öffentlichen Sitzung vom Heutigen hat die zweite Kammer, in Erwägung

daß durch die bestehende Steuergesetzgebung jeder Besitz von Grundstücken, Gebäuden und beweglichem Vermögen, letzteres, soweit dasselbe zum Betriebe von Handel und Gewerben benützt wird,

ferner der persönliche Verdienst aus Arbeit, Gewerbe und Handel,

endlich jedes Einkommen aus Dienstleistungen für den Staat, für öffentliche Körperschaften und Anstalten,

so wie von der Ausübung jeder Wissenschaft und Kunst zu unmittelbaren Beiträgen für die Staatslasten angehalten werden, —

durch Stimmenmehrheit anerkannt:

daß die unmittelbare Besteuerung des Einkommens an Kapitalzinsen nicht nur, wie jede Besteuerung eines reinen Einkommens, an sich gerecht, sondern auch zur Vervollständigung des bestehenden Steuersystems nothwendig sey.

An der Ausführbarkeit einer Kapitalsteuer kann ein Zweifel nicht bestehen, da dieselbe in mehreren Staaten, insbesondere in Württemberg seit 1820 wirklich eingeführt ist.

Die zweite Kammer erkannte die Einführung der Kapitalsteuer als zeitgemäß, da die in Folge großer, gemeinnütziger Unternehmungen und Einrichtungen gesteigerten Anforderungen an den Staat die Aussicht auf stärkere Benützung der Steuerkräfte immer näher treten lassen, und zur Beseitigung gegründeter Beschwerden eine möglichst gerechte Vertheilung der öffentlichen Lasten einer Erhöhung derselben vorangehen muß, und hat

in endlicher Erwägung,

daß gleichzeitig mit der Einführung einer Kapitalsteuer eine andere Steuer ermäßigt oder nachgelassen, und ein etwaiger erhöhter Steuerbedarf auf diejenigen Steuerkräfte, welche am besten dazu geeignet sind, umzulegen seyn werde,

mit Stimmenmehrheit beschlossen:

Eure Königliche Hoheit unterthänigst zu bitten, einen Gesetzentwurf über Einführung einer Kapitalsteuer den Kammern gnädigst vorlegen zu lassen.

In tiefster Ehrfurcht legen wir diese unterthänigste Bitte vor dem Throne Eurer Königlichen Hoheit nieder.

Karlsruhe, den 23. Juni 1846.

ꝛc.